

LANDTAGS NACHRICHTEN

12. März

2 / 2014

www.landtag-mv.de



+++ Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus +++ Perspektiven des Werftstandortes Stralsund +++ Zukunft der Flughäfen in M-V +++ Ölbohrungen in M-V +++ Ländlicher Raum – Gleichwertigkeit oder Vielfalt? +++ Biosphärenreservat Flusslandschaft Elbe +++ Die neue Schweriner Schlossgastronomie +++



Titelfoto (Landtag M-V): Die Frühlingssonne taucht das Schweriner Schloss in ein goldenes Licht.

3	GASTKOLUMNE	„Wenn Otto Normalstromverbraucher nicht mehr durchblickt“ Uwe Reißerweber (Nordkurier) zur Energiewende
4–5	HOLOCAUST-GEDENKTAG	Gedenken im Landtag an die Opfer des Nationalsozialismus
6–22	AUS DEM PLENUM	
6–7	AKTUELLE STUNDE	„Energiewende sicher und bezahlbar gestalten“
8–11	BERICHE	Mittelstand entlasten „Kinderland M-V“ weiter vorantreiben Konzept zur Zukunft der Flughäfen im Land Armutsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern
12	WEITERE BESCHLÜSSE	Ethikkommission zur Präimplantationsdiagnostik (PID) Schulgesetz (Schülerbeförderung) Landesverfassung (Ausschussberatungen) Moratorium Südbahn Hagenow-Neustrelitz Kunst am Bau Immunitätsangelegenheiten
13–22	ORIGINAL-DEBATTE	Aussprache zur Perspektive des Werftstandortes Stralsund nach der Insolvenz der P+S Werften GmbH
23–26	AUS DEN AUSSCHÜSSEN	<i>Wirtschaftsausschuss/Energieausschuss:</i> Gemeinsame Sitzung in Saal und Öffentliche Anhörung zum Thema „Onshore-Ölfeldentwicklung in M-V“ <i>Wirtschaftsausschuss:</i> Besuch der Internationalen Grünen Woche <i>Agrarausschuss:</i> Öffentliche Anhörung zum Biosphärenreservat Flusslandschaft Elbe <i>Enquetekommission:</i> Ländlicher Raum in M-V – Gleichwertigkeit oder Vielfalt? <i>Europa- und Rechtsausschuss:</i> Ausschuss der Regionen, Standing Committee-Sitzung Brüssel, Vorbereitung des Parlamentsforums „Südliche Ostsee“ in Danzig
27	SCHLOSSGESCHICHTEN	„Von Frühstück bis Candlelight-Dinner“ - Die neue Schlossgastronomie

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
 - Öffentlichkeitsarbeit -
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
 Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
 Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion:

Referat Öffentlichkeitsarbeit,
 Claudia Richter

Layout: Uwe Sinnecker,
 www.uwe-sinnecker.de

Druck: produktionsbüro TINUS
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.

Wenn Otto Normalstromverbraucher nicht mehr durchblickt

Man muss ja nicht immer gleich die Welt vom Kopf auf die Füße stellen – manchmal genügt es auch, die Dinge wieder ein bisschen zurechtzurücken.

In der Debatte um die Energiewende scheint das dringend nötig: Längst ist Bürgerfrau und -mann der Blick verstellt durch Bestandsschutz, Onshore, Offshore, Trassenausbau, Biomasse, Umlage, Rabatte, Einspeisevorrang, „atmende Deckel“ gar. Dabei geht es um nichts weniger und nichts Einfacheres als eine umweltfreundliche, letztlich auch preiswertere, Energieversorgung. Partikularinteressen und das damit offenbar zwingend einhergehende Fachchinesisch und Sprachkauerwelsch verhindern aber mehr und mehr, dass dies überhaupt noch wahrgenommen wird. Stattdessen wendet sich Otto Normalstromverbraucher und damit auch der Wähler mit Grausen ab und will seine Kohle wiederhaben.

Beteiligt an diesem Trauerspiel sind zugegebenermaßen auch die Medien, die es kaum mehr schaffen, das Thema transparent der Öffentlichkeit zu vermitteln. Beteiligt sind bayrische Partikularinteressierte ebenso wie thüringische, die den Trassengegnern in ihrer schönen Heimat um den Bart gehen. Beteiligt sind Kohlestromproduzenten in Brandenburg ebenso wie in Nordrhein-Westfalen. Beteiligt sind aber auch Befürworter des Ausbaus von Windanlagen an Land, beispielsweise in Mecklenburg-Vorpommern.

Innerhalb dieser Kakophonie bleibt allerdings die Landesregierung merkwürdig zurückhaltend. Während andernorts Ministerpräsidenten und Energieminister die Fetzen fliegen lassen, versäumen es Regierungschef Erwin Sellering und Ressortchef Christian Pegel (beide SPD), ein klares Wort zu sprechen, gewissermaßen das große Rad für ein großes Ziel zu drehen. Statements, die mit ellenlangen Ergebnisadressen an ihren Berliner Vorgesetzten Siegmund Gabriel beginnen, setzen den geneigten Betrachter nicht gerade unter Strom.

Dabei könnte es so einfach sein: Ausbau der Windanlagen auf See ist einer der wichtigsten Faktoren bei der Energiewende, und deshalb müssen die Trassen in den Süden her. Gabriels Pläne zur Kürzung der Subventionen für die Windparks auf See sind Gift für die Sache. Es sind die einfachen Dinge, die aus Partei- und Koalitionsräson offenbar so schwierig auszusprechen sind. Und ein ehrliches Wort



Foto: Marlis Tautz

Uwe Reißweber (48) wurde in Sonneberg/Thüringen geboren und ist landespolitischer Korrespondent des „Nordkurier“.

an den Wähler hierzulande kann auch nicht schaden: Wer umweltfreundliche Energie, wer Klimaschutz, wer eine hinreichend intakte Umwelt will, muss auch Ja zur Trasse sagen. Auch, wenn sie in Einzelfällen in Sichtweite steht. Nicht nur Parteiräson und die Angst vor dem Wähler spielt da aber eine Rolle. Oft scheint es auch ganz banal nur Unvermögen: „Und doch ist nichts leichter, als so zu schreiben, daß kein Mensch es versteht, wie hingegen nichts schwerer, als bedeutende Gedanken so auszudrücken, daß jeder sie verstehen muß.“ Sagt der alte Schopenhauer.

„ Wer umweltfreundliche Energie, wer eine hinreichend intakte Umwelt will, muss auch Ja zur Trasse sagen. „

Was kaum noch einer versteht, sind die rasant zunehmenden Befreiungen der Industrie von der EEG-Umlage. Das ist auch kein Wunder, denn heimlich, still und leise hat die entschlafene schwarz-gelbe Koalition in Berlin 2012 die Passage im Gesetz aufgeweicht, die festlegt, dass nur Unternehmen Rabatte bekommen sollen, die im internationalen Wettbewerb stehen. Kaum einer hat's gemerkt – und nun wundern sich alle. So bleiben 2014 in Mecklenburg-Vorpommern 60 Firmen von der Umlage befreit, ein Drittel mehr als im Vorjahr. Bundesweit bekommen in diesem Jahr 2.098 Unternehmen rund 5,1 Milliarden Euro an Vergünstigungen, 2013 waren es noch 1.720 Firmen mit Ersparnissen von rund vier Milliarden Euro.

Und was sagt Minister Pegel dazu? Der SPD-Politiker forderte „unumgänglich mehr Fairness im System“ und „deutliche Veränderungen“. Himmelherrgott: Die alte Regelung muss wieder her. Unternehmen, die nicht im internationalen Wettbewerb stehen, erhalten keinen Cent Rabatt.

So muss Sprache.

Uwe Reißweber

Von Grausamkeiten und Menschenliebe

Gedenkveranstaltung für Opfer des Nazi-Regimes mit Zeitzeugen

Als am 27. Januar 1945 das Konzentrationslager Auschwitz durch die Rote Armee befreit wurde, war auch die Mutter von Jack Courant unter den wenigen Überlebenden. So verbindet der heute 89-jährige Niederländer ganz persönliche Erinnerungen mit diesem Tag, den die Vereinten Nationen 2005 zum Internationalen Holocaust-Gedenktage erklärt haben. Jetzt reiste der vierfache Großvater auf Einladung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern aus den Niederlanden nach Schwerin, um jüngeren Generationen von dem Erlebten zu berichten.

Foto: Angelika Lindenbeck



Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider (links), Zeitzeuge Jack Courant und Botschafterin Monique van Daalen in der Schlosskirche.

Am 27. Januar 2014 war **Jack Courant** als Zeitzeuge Gastredner auf der Gedenkveranstaltung des Parlaments in der vollbesetzten Schweriner Schlosskirche. Neben Abgeordneten und anderen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens waren auch rund 50 Jugendliche unter den Zuhörern. Die 13- bis 16-Jährigen aus der Niels-Stensen-Schule und dem Fridericianum (beide Schwerin) hörten aufmerksam zu, als der frühere Arzt und heutige Rentner vom Schicksal seiner jüdischen Familie berichtete.

Einen starken Charakter habe seine Mutter gehabt – und Glück, erfahren die Schüler. „Glück“, weil sie an Typhus erkrankt und damit dem Todesmarsch entkommen war. „Vom Rest meiner Familie ist keiner zurückgekehrt“, sagte Jack Courant. Sein vier Jahre jüngerer Bruder nicht, seine Großmutter nicht. Sein Vater nicht. Fast alle Mitglieder seiner weitverzweigten Familie sind in Auschwitz umgekommen, dem größten Vernichtungslager der Nazis, das heute als Symbol für den Holocaust gilt. „Ich wurde 1924 in eine einfache Amsterdamer Familie hineingeboren. Mein Vater war Pianist, die Mutter Diamantarbeiterin. Sie arbeitete meistens dann, wenn mein Vater in den Krisenjahren keine Beschäftigung hatte“, erinnert sich Jack Courant an seine Jugend. „Wir waren Juden, das wussten wir“, sagt er. Wenngleich eher Tradition als Religion der Familie wichtig gewesen sei. „Wir waren glücklich. Aber dann kam Hitler“, fasst er in einem knappen Satz zusammen, was seine Welt aus den Fugen geraten ließ. Wie schlimm es war für ihn, ein „fettes J“ in den Ausweis gestempelt zu bekommen. Und überall zu lesen „Für Juden verboten“ und nur allmählich zu begreifen, dass Menschen wie er damit gemeint waren. Dann begannen die Deportationen, denen auch seine Familie zum Opfer fiel.

Jack Courant, damals gerade 18 Jahre alt, ging 1942 in den Untergrund und entging so dem sicheren Tod.

„Nach meiner Befreiung 1945 führte ich ein gutes Leben“, sagt er. Er erzählt von seiner Frau, den drei Kindern und den vier „prachtvollen“ Enkelkindern, die nicht geboren wären, wenn er die Shoah nicht überlebt hätte. „Oft aber, wenn ich mit meinem Hund spazieren gehe, denke ich daran, wie viel Glück ich gehabt habe und wie viel Elend und Leid die Anderen. Und dann überfällt mich plötzliche tiefe Wut, über alles, was geschehen ist und wie es geschah!“ Und weil sich dies nie wiederholen dürfe, reise er zu den Kindern und Jugendlichen von heute und berichte von den Erniedrigungen und Grausamkeiten, die er erlebte – aber auch von Menschenliebe und wahren Heldentum.

Das hält auch die Botschafterin der Niederlande, **Monique van Daalen**, für wichtig. Sie wandte sich in der Gedenkstunde ebenfalls vor allem an die Jugendlichen. „Etwas über die Unfreiheit von früher zu lernen, ist ein Weg, die Freiheit von heute zu schätzen“, sagte sie. In den Niederlanden hätten nur noch 0,5 Prozent der Bevölkerung den Zweiten Weltkrieg als Erwachsene oder Jugendliche miterlebt, die anderen hätten noch keine Erfahrung mit Unfreiheit gemacht. „Es sind Zeitzeugen wie Jack Courant, die das Leid, das für viele von uns eine unfassbare und abstrakte Vergangenheit darstellt, sichtbar machen“, hob sie hervor.

Zuvor hatte Landtagspräsidentin **Sylvia Bretschneider** in ihrer Rede vor rechtsextremistischen Kräften gewarnt, die versuchten, immer weiter in die Mitte der Gesellschaft vorzudringen. „In der Maske des biedereren Kümmerers oder des Staatsmannes propagieren sie ihre braune Weltanschauung“, sagte sie vor den etwa 200 Menschen in der Schlosskirche. Die demokratischen Kräfte aus Politik und Zivilgesellschaft müssten sich mit allen verfassungsgemäßen Mitteln zur Wehr setzen. Sie wies auch auf die „Schweriner Erklärung“ hin, die alle Vorsitzenden der demokratischen Fraktionen im Landtag unterschrieben haben, um dem Rechtsextremismus den Kampf anzusagen. Die Gefahren, die von „Extremismus, Menschenverachtung und nationaler Hybris ausgehen“, seien noch immer vorhanden. Deshalb seien solche Gedenkveranstaltungen wichtig. „Wir sollen und müssen uns an die Opfer von Gewaltverbrechen und Unmenschlichkeit erinnern. Wir müssen den unauflöselichen Zusammenhang von Erinnerungs- und Zukunftsfähigkeit



Am 27. Januar, dem Internationalen Holocaust-Gedenntag, gedachten rund 200 Teilnehmende in der Schweriner Schlosskirche der Millionen Opfer des Nationalsozialismus. Fotos: Angelika Lindenbeck



Jack Courant im Gespräch mit Schweriner Jugendlichen.



Studierende der Hochschule für Musik und Theater Rostock präsentierten Werke einst verfehmter niederländischer Komponisten wie Leo Smit oder Dick Kattenburg.

begreifen, um Demokratie und Frieden verteidigen zu können. Dies entspricht unserem moralischen Anspruch, aus den Verfehlungen vorangegangener Generationen zu lernen. Wir müssen unser Wissen weitergeben, damit sich die Menschen auch in Zukunft erinnern und aus der Vergangenheit lernen“, betonte Sylvia Bretschneider.



Eine Dokumentation der Veranstaltung können Sie auf der Internetseite des Landtages herunterladen oder bestellen. Bestellungen sind auch telefonisch unter 0385 / 525-2113 möglich.

Live-Bilder

Ein Video von der Gedenkveranstaltung kann man sich auf dem YouTube-Kanal des Landtages anschauen.



Für bezahlbare Energie

Gespaltene Reaktionen auf Vorschläge von Bundeswirtschaftsminister Gabriel

Die Energiewende und ihre Folgen standen am 29. Januar im Mittelpunkt der Aktuellen Stunde im Landtag. Die CDU-Fraktion hatte das Thema „Energiewende sicher und bezahlbar gestalten“ beantragt. In der kontroversen Debatte stießen die Vorschläge von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel auf Zustimmung und Skepsis gleichermaßen. Der SPD-Politiker will, dass an Land pro Jahr nur noch Windkraftanlagen mit einer Gesamtleistung von 2.500 Megawatt neu ans Netz gehen, das sind etwa 1.000 Windräder. Werden es mehr, wird die Förderung automatisch gekürzt. Zusätzlich soll die Vergütung in windstarken Regionen wie M-V um bis zu 20 Prozent gekappt werden.

Fotos: Cornelius Kettler



Jürgen Seidel (CDU)

Der CDU-Energieexperte **Jürgen Seidel** bezeichnete den Zeitplan der Bundesregierung als „sehr engagiert“. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) solle noch vor der Sommerpause 2014 den Bundestag passieren und am 1. August in Kraft treten. „Das ist wirklich eine Mammutaufgabe“, sagte Seidel. Bis 2025 solle der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung auf 40 bis 45 Prozent und bis 2035 dann auf 55 bis 60 Prozent gesteigert werden. Um die Ziele zu erreichen, sei planvolles Vorgehen wichtig. Er äußerte die Hoffnung, dass es mit der Reform des EEG eine Dämpfung des Kostenanstiegs im Energiebereich geben werde. Nach seinen Worten „macht es keinen Sinn, eine Industrie nach vorne zu puschen, die nur darauf sieht, ob sie einen Cent mehr bekommt oder nicht. Wir brauchen eine Industrie, die am Markt besteht“, sagte er.



Energeminister Christian Pegel

Energeminister **Christian Pegel** unterstützt eine Absenkung der Vergütungssätze für Windstrom, fordert dabei aber Augenmaß. „Man kann beim Onshore-Wind auch mit geringeren Vergütungssätzen noch gutes Geld verdienen“, sagte

der Minister. Das Land werde die Vorschläge von Minister Gabriel zur EEG-Reform kritisch und konstruktiv begleiten. Noch seien keine konkreten Vergütungssätze im Gesetzentwurf bekannt. Die Energiewende müsse zugleich eine Bürgerwende sein. „Wir wollen, dass betroffene Kommunen und in der Nähe von Windanlagen wohnende Bürger sich mit kleinen Beiträgen an den Anlagen, die sie umgeben, beteiligen können.“ Weiter forderte er mehr Zeit und mehr Planungssicherheit für Investoren. Anlagen, die bis zum 22. Januar 2014 nicht genehmigt wurden, sollen den Plänen der Bundesregierung zufolge bereits nach dem neuen EEG vergütet werden. Er befürchte Verunsicherung und schlimmstenfalls eine Vollbremsung für schon weit fortgeschrittene Projekte.



Dr. Mignon Schwenke (DIE LINKE)

Dr. Mignon Schwenke (DIE LINKE) nannte das EEG eine Erfolgsgeschichte. Ihm sei zu verdanken, dass innerhalb von 15 Jahren 25 Prozent Stromanteil aus erneuerbaren Ressourcen erreicht wurden. „Das ist eine großartige Leistung, aber es sind eben erst 25 Prozent und nicht 100“, schränkte sie ein. Die Kapazitäten seien zu 50 Prozent „in der Hand der kleinen Leute“, wie Einzelpersonen, Genossenschaften oder Bürgergesellschaften. Nur sieben Prozent gehörten den vier großen Energiekonzernen, denen nun ernsthafte Konkurrenz entstanden sei. „Aber dann kam die Diskussion um die EEG-Umlage und über die ausufernden Kosten der Förderung der erneuerbaren Energien. Die Lobbyarbeit hat funktioniert“, betonte die Parlamentarierin. Jetzt müsse verhindert werden, „dass die erneuerbaren Energien in die alte, starre fossile Energiewirtschaft gepresst werden“, sagte Schwenke.



Rudolf Borchert (SPD)

Der SPD-Abgeordnete **Rudolf Borchert** warnte davor, die erneuerbaren Energien zum Sündenbock für die Energiepreissteigerung zu machen. Das sei schädlich für die Energiewende, sagte er. Langfristig würden die erneuerbaren Energien zur Kostensenkung führen. Preistreiber seien derzeit vor allem Wärme und Kraftstoffe aus fossilen Energien. Zudem dürfe die reduzierte EEG-Umlage nur auf energieintensive Unternehmen angewendet werden, die nachweisbar im internationalen Wettbewerb stehen. Die Zahl der Unternehmen, die teilweise befreit waren von der EEG-Umlage, sei von 600 im Jahre 2011 auf jetzt rund 2.700 gestiegen und umfasse ein Finanzvolumen von etwa fünf Milliarden Euro. „Das ist nicht nur eine große Ungerechtigkeit, sondern natürlich auch ein Kostenfaktor beim Strompreis“, betonte Borchert. Zudem forderte er mehr Vertrauensschutz für Investoren. Der Stichtag für die neuen Vergütungsregeln müsse vom 22. Januar auf den 1. August, das geplante Inkrafttreten des EEG, verschoben werden. „Wir alle wissen, dass erneuerbare Energien eine lange Vorlaufzeit in der Investition brauchen“, begründete er. Auch Bürgerenergieprojekte sieht Borchert durch die Neuregelungen extrem gefährdet und forderte hier Sonderregelungen, um „diesen ganz wichtigen Teil der Energiewende zu retten“.



Udo Pastörs (NPD)

Der NPD-Fraktionsvorsitzende **Udo Pastörs** nannte die CDU „kopflös“, weil sie den Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen habe, ohne sich mit den europäischen Nachbarn abzustimmen. „Und das Ergebnis von 2009 bis heute ist erschütternd“, sagte er. Im privaten Bereich könnten 300.000 meist Geringverdiener ihre Energierechnung nicht mehr bezahlen. „Während die Industrie im Schnitt 15,1 Cent pro

Kilowattstunde zahlt, müssen die privaten Endverbraucher 26 Cent je Kilowattstunde und mehr auf den Tisch blättern.“ So sei die „sogenannte Energiewende“ zu einer „Strafsteuer für private Haushalte“ geworden. Dies erkenne man auch an der steigenden Zahl von der EEG-Umlage freigestellter Unternehmen. „Die sogenannte Energiewende wird zum Rohrkrepierer“, fügte der NPD-Fraktionschef hinzu. Der sofortige Ausstieg aus der Kernenergie ist seinen Worten nach ein „Wahnsinnsprojekt“.



Johann-Georg Jaeger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der energiepolitische Sprecher von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **Johann-Georg Jaeger** forderte ein klares Bekenntnis zum EEG. Problematisch sei zum Beispiel, dass der CO₂-Zertifikatehandel nicht funktioniere. „Das führt zu einem Verfall der Börsenstrompreise, übrigens auch dazu, dass die Kohlekraftwerke nach vorne kommen, und das ist zu 50 Prozent verantwortlich für den Anstieg der EEG-Umlage im letzten Jahr um einen Cent.“ Nur 13 Prozent seien durch neue regenerative Anlagen verursacht worden. Zudem seien Nachbesserungen im Bereich von Windkraftanlagen auf See nötig. Dies sei wichtig für die Offshore-Unternehmen in M-V, die laut Jaeger Planungssicherheit brauchen. Zum Thema Strompreise verwies er auf eine Umfrage bei allen 19 Stromversorgern im Land. „Das Ergebnis: Im Jahr 2014 bleibt der Strompreis konstant in Mecklenburg-Vorpommern.“ Jaeger forderte auch, Biogas direkt ins Erdgasnetz einzuspeisen. Dies sei nicht geregelt im EEG. „Das ist eine große Chance, das zu tun“, sagte er.

Erneuerbare Energien Gesetz (EEG)

Das Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien regelt die bevorzugte Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Quellen ins Stromnetz und garantiert deren Erzeugern feste Einspeisevergütungen. Mit der EEG-Umlage werden die Kosten, die aus der Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen entstehen, auf die Stromendverbraucher verteilt. Stromintensive Unternehmen sind zum Schutz ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit von der EEG-Umlage teilweise befreit. Das Gesetz trat im Jahr 2000 in Kraft und wurde seitdem mehrfach novelliert. Die neue Bundesregierung plant eine Reform des EEG bis Mitte 2014.

Fotos: Cornelius Kettler

Mittelstand entlasten

Vorzeitige Abführung von Sozialversicherungsbeiträgen stoppen

CDU und SPD wollen den Mittelstand von Bürokratie entlasten und die vorzeitige Fälligkeit von Sozialversicherungsbeiträgen rückgängig machen. Seit 2006 müssen Unternehmen diese Beiträge zu Monatsbeginn abführen und damit in Vorkasse gehen. Mit dem Antrag, den die Regierungskoalition am 29. Januar in den Landtag einbrachte, soll die Landesregierung beauftragt werden, Initiativen hierzu auf Bundesebene zu unterstützen.

Die 2005 von Rot-Grün in Berlin beschlossene Vorverlegung der Zahlungsfrist hat nach Auffassung von **Wolfgang Waldmüller** (CDU) zweifelsohne die Liquidität der Sozial-, insbesondere der Rentenversicherung, verbessert. „Den Sozialversicherungsträgern standen 2006 nicht nur 12, sondern 12,8 Monatsbeiträge zur Verfügung, also beinahe eine zusätzliche Monatsrücklage. Mittlerweile verzeichnen wir aber eine sehr positive Finanzsituation bei den Kranken- und Rentenversicherungen. Das sollte uns genügend Spielraum für ein Umdenken bei der vorgezogenen Fälligkeit von Sozialbeiträgen geben“, sagte er. Damit würde der Mittelstand „von Abrechnungsbürokratie und Liquiditätsdefiziten“ entlastet werden. Das Land solle eine entsprechende Bundesratsinitiative unterstützen.

Der Argumentation folgte auch Wirtschaftsminister **Harry Glawe**. Die Beiträge sollten wieder, wie vor 2006, am Monatsende abgeführt werden. Derzeit müssten die Beiträge oft zweimal abgerechnet werden – zunächst auf Basis des Vormonats, dann im Folgemonat, wenn die tatsächlichen Löhne feststehen. Die Arbeitgeber müssten so 24 statt zwölf Monatsabrechnungen machen. Glawe zufolge erzielte die Sozialversicherung 2012 aber einen Überschuss von 15,8 Milliarden Euro. „Damit ist der Grund für die Einführung der Vorfälligkeit nicht mehr gegeben“, sagte der Minister.

Der Fraktionsvorsitzende der oppositionellen Linken, **Helmut Holter**, nannte den Antrag einen Alibi-Antrag. Die Fraktionschefs der SPD und der CDU sollten ihre Minister in Berlin anrufen, denn im Landtag könnten sie keine Entscheidung dazu bekommen. Es gebe auch keine Initiativen auf Bundesebene, die das Land unterstützen könnte. Zudem wäre eine erneute Umstellung auch mit hohem bürokratischen Aufwand verbunden, und es sei unsicher, ob die Kassen der Sozialversicherung weiter gut gefüllt bleiben. Er sprach sich aber für eine Beratung des Themas in den Ausschüssen aus. **Jochen Schulte** (SPD) betonte, dass den Sozialversicherungen durch die geforderten Änderungen kein Geld genommen werde. „Sie erhalten es nur 14 Tage später“, sagte Schulte. Wie sich die Rentenversicherung genau entwickeln werde, könne ohnehin niemand vorhersagen. Die Fälligkeit der Beiträge wieder nach hinten zu verschieben, wäre aber eine große Entlastung gerade für kleinere Unternehmen.



Die Hanse Drehverbindungen GmbH fertigt in Wismar aus nahtlos gewalzten Ringen Großwälzlager.
Foto: Jens Büttner

Nach den Worten von **Jutta Gerkan** (B'90/DIE GRÜNEN) hat die vorhergehende CDU/FDP-Bundesregierung die Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge nicht zurücknehmen wollen. Für die Firmen, vor allem solche mit Beschäftigten mit variablen Entgeltanteilen wie Schichtzuschlägen, sei die Vorauszahlung eine große Belastung. Jetzt sei der richtige Zeitpunkt, zur früheren Regelung zurückzukehren. Nach dieser müsse der Beitrag bis zum 15. des Folgemonats entrichtet werden. „Die Sozialversicherungsträger verlieren dadurch insgesamt keine Beitragseinnahmen, sondern erhalten diese, wie bis zum Jahre 2005 üblich, erst dann, wenn auch der Arbeitnehmer seinen Lohn erhalten hat“, unterstrich Gerkan. NPD-Fraktionschef **Udo Pastörs** kündigte an, dem Antrag zuzustimmen. „Das, was 2006 beschlossen wurde, war einer Notlage geschuldet“, begründete er. Dies könne nicht langfristig zulasten der Liquidität des Mittelstandes fortgeschrieben werden. Das von den Koalitionsfraktionen vorgelegte Papier sei schlüssig. Den Antrag der Linken, das Thema in den Ausschüssen zu beraten, lehnte seine Fraktion ab. Der Antrag der Regierungskoalition wurde gegen die Stimmen der Linken im Parlament angenommen. Der Überweisungsvorschlag fand nur die Zustimmung von Linken und Grünen und wurde also mehrheitlich abgelehnt.
Antrag CDU/SPD-Koalition Drucksache 6/2619n

Wirtschaftsministerkonferenz

Das Thema stand auch auf der Tagesordnung der Wirtschaftsministerkonferenz (WMK) am 11. und 12. Dezember in Dresden. Hier haben sich vor allem Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern für die Beendigung der vorzeitigen Abführung der Sozialversicherungsbeiträge eingesetzt. Mecklenburg-Vorpommern hat derzeit den Vorsitz der Wirtschaftsministerkonferenz inne.

Die WMK ist ein wichtiges Instrument der wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit der Länder untereinander. Neben dem gegenseitigen Informations- und Erfahrungsaustausch dient sie dem Zweck, gemeinsames politisches Handeln im eigenen Bereich oder gegenüber dem Bund in Beschlüssen festzuschreiben. Die WMK versammelt sich in der Regel zweimal im Jahr.

Betreuungsgeld

Linke fordert Abschaffung und scheitert mit Antrag

Die Linke forderte auf der Plenarsitzung am 29. Januar die Abschaffung des umstrittenen Betreuungsgeldes. Es sei eine „Fernhalteprämie“ des Kindes von Förderung und der Mutter von einer Erwerbstätigkeit, hieß es zur Begründung. Das Geld solle stattdessen in den Kita-Ausbau fließen. Die Fraktion forderte zudem die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz. Bei der Abstimmung nach hitziger Debatte fand der Antrag jedoch keine Mehrheit.

Die Bundesregierung habe, entgegen ersten Bekundungen, weder die Abschaffung des Betreuungsgeldes noch die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz im Koalitionsvertrag verankert. Dagegen müsse die Landesregierung unverzüglich einschreiten, forderte **Jacqueline Bernhardt** (DIE LINKE) bei der Begründung des Antrages. Es gelte, eine weitere Verzögerung auf Kosten der Kinder zu verhindern und Mecklenburg-Vorpommern als Kinderland weiter voranzutreiben. „Anstatt Familien und Kinder zu fördern, werden mit der Ausreichung des Betreuungsgeldes gezielte Bemühungen in sozial-, bildungs-, gleichstellungs- und integrationspolitische Bereichen konterkariert“, warnte die Politikerin.

Nach Angaben der neuen Sozialministerin **Birgit Hesse** beziehen rund 700 Eltern in Mecklenburg-Vorpommern das umstrittene Betreuungsgeld. Dagegen beanspruchen ihren Worten nach 14.500 Eltern im Land Elterngeld. Auch sie sei kein Fan des Betreuungsgeldes, räumte sie ein. Dennoch respektiere sie, wenn Eltern ihre Kinder zu Hause betreuen wollen. „Ich stimme mit Ihnen überein, dass das Betreuungsgeld kontraproduktiv ist, weil es Kinder von Angeboten der frühkindlichen Bildung fern hält, überholte Rollenvorstellungen über die Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit verfestigt, falsche Anreize setzt und Kindern damit den Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe erschwert“, sagte die Ministerin. Jetzt gelte es, eine Verfassungsklage Hamburgs gegen das Betreuungsgeldgesetz abzuwarten. Auch Hesse sprach sich dafür aus, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern.

Auch er stehe nicht „an der Speerspitze der Bewegung“, die das Betreuungsgeld einführte, sagte **Torsten Renz** (CDU). Aber er respektiere das Betreuungsgeld nicht nur. „Ich akzeptiere es sogar“, betonte er. Der Linken warf er vor, mit dem Antrag „allen Eltern ganz pauschal die Erziehungskompetenz“ abzuspochen. Dies sei mit der CDU in M-V nicht zu machen. Er werbe für Toleranz und für ein tatsächliches Wahlrecht der Eltern, wie sie ihre Kinder großziehen wollen. Diese könnten selbst am besten entscheiden, was das Beste für ihr Kind sei. Seine Fraktion lehne auch „die Art und Weise“, wie die Linke über das Thema „Kinderrechte“ diskutieren wolle, „zum jetzigen Zeitpunkt“ ab.

Nach Auffassung von **Silke Gajek** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sollten Kita-Plätze irgendwann kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. „Wollen wir Kinderrechte stärken, brauchen

wir starke Familien“, sagte sie. Dazu seien existenzsichernde Einkommen wichtig, wie sie die Grünen bereits im Bundestags-Wahlkampf gefordert hätten. Nur dann sei eine wirkliche Wahlfreiheit gegeben. „Mit 100 Euro lassen wir uns nicht abspesen“, betonte Gajek. Das Land brauche zudem nachhaltige Konzepte gegen Kinderarmut sowie Kinderrechte, die eben nicht nur als Wort im Grundgesetz stehen, sondern Handlungen zur Folge haben.

Ralf Mucha (SPD) warf der Linken vor, mit dem Thema „lediglich nachgelagerten Bundestagswahlkampf“ zu betreiben. „Sie wissen doch ganz genau, dass wir als SPD das Betreuungsgeld ablehnen“, sagte er. Auch in den Reihen der CDU gebe es Widerspruch zum Betreuungsgeld, das vor allem von der CSU gewollt wurde. „Die Landesregierung müsste, wenn, dann nicht auf der Bundesebene aktiv werden, sondern gezielt im Freistaat Bayern“, betonte Mucha. Zudem seien bereits zusätzliche Mittel für den Kita-Ausbau in den Koalitionsverhandlungen festgeschrieben worden. Diese Forderung aus dem Antrag sei also schon erfüllt.

Der NPD-Abgeordnete **Tino Müller** warf der Linken vor, „wieder einmal aus der Mottenkiste die alten und diffamierenden Scheinargumente gegen die angebliche Herdprämie“ zu zaubern. Der SPD hielt er entgegen, als „Tiger gestartet und als Bettvorleger gelandet“ zu sein. Die heutige Bundessozialministerin Manuela Schwesig habe sich noch im Wahlkampf vehement gegen das Betreuungsgeld ausgesprochen. Heute sei im Koalitionsvertrag keine Rede mehr davon. Der NPD gehe das Betreuungsgeld nicht weit genug. Sie fordere „ein kostenloses und komplettes Betreuungssystem zur Entlastung von Eltern und Alleinerziehenden“.

SPD, CDU und NPD lehnten den Antrag ab, der nur die Zustimmung der Linken und der Bündnisgrünen fand.

Antrag DIE LINKE Drucksache 6/2553



In Mecklenburg-Vorpommern besuchen 96 Prozent aller 3- bis unter 6-Jährigen eine Kita oder werden in einer Tagespflege betreut. Bei den unter Dreijährigen liegt die Betreuungsquote bei 54,5 Prozent. (Stand 2013, Quelle Statistisches Landesamt)
Foto: Jens Büttner



Foto: Jens Büttner

Rostock-Laage ist der größte Verkehrsflughafen in Mecklenburg-Vorpommern.

Flughafenkonzept für M-V

Mehrheit lehnt Antrag der Grünen ab

Die Grünen im Landtag fordern ein Flughafenkonzept des Landes. Die Landesregierung habe im Januar im Alleingang entschieden, den Zuschuss des Landes an den Flughafen Rostock-Laage für die kommenden vier Jahre zu verdoppeln. Das Parlament sei nicht gefragt worden, kritisieren die Bündnisgrünen in ihrem Antrag, den sie am 29. Januar im Landtag begründeten. Auch sei die Geschäftsführung der GmbH nicht verpflichtet worden, ein tragfähiges Konzept vorzulegen. Die Fördermittel müssten im Verhältnis zum Fluggastaufkommen und zur Bedeutung des Flughafens stehen. Die Linken unterstützen das Ansinnen im Grundsatz.

Johannes Saalfeld (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) nannte die Entscheidung, den Zuschuss des Landes für den Flughafen Rostock-Laage auf eine Million Euro jährlich zu verdoppeln, „kopflös“. Bis heute lägen die von der Landesregierung beauftragten Gutachten nicht vor, sagte er. Diese sollten unter anderem die Auswirkungen einer neuen EU-Leitlinie über staatliche Beihilfen für Flughäfen prüfen. Zudem gebe es kein Konzept der Geschäftsführung und keine Vereinbarung mit den Gesellschaftern, wie mit steigenden Kosten umgegangen werden soll. „Nach mehr als 20 Jahren Flughafenbetrieb, mehr als 60 Millionen Euro Fördermitteln von Bund und Land und jährlichen Millionenzuschüssen durch die Kommunen und das Land kann es kein einfaches ‚Weiter so‘ geben“, sagte Saalfeld. Die kommunalen Gesellschafter müssten entlastet werden. Der Zuschuss müsse auf ein Maß beschränkt werden, das im Verhältnis zum Fluggastaufkommen und zur Bedeutung des Flughafens für die Region und die Wirtschaft stehe, forderte er. Saalfeld verwies darauf, dass im vorigen Jahr wahrscheinlich nur etwa 130.000 Passagiere

im Linien- und Charterflugverkehr unterwegs gewesen seien. 40.000 gezählte Gäste seien Flugschüler gewesen. Verkehrsminister **Christian Pegel** verteidigte die Verdoppelung des Landeszuschusses. Die Geschäftsführung werde damit in die Lage versetzt, zu gestalten, damit die Einnahmen des Flughafens verbessert werden können. Flughäfen schreiben Pegel zufolge ab einer Million Verkehrsgäste pro Jahr eine „schwarze Null“. In Rostock-Laage wäre das schon bei 600.000 bis 800.000 Fluggästen der Fall, weil der Platz auch militärisch genutzt werde. „Eine ausgeglichene Bilanz ist in Rostock-Laage jedoch auch mittelfristig absolut illusorisch“, räumte Pegel ein. 2013 hat der Flughafen 2,6 Millionen Euro Verluste gemacht. Ziel sind jetzt rund 250.000 Passagiere im Jahr.

Der CDU-Abgeordnete **Dietmar Eifler** betonte, das Land habe verantwortungsvoll gehandelt, als es die Entscheidung traf, den Zuschuss zu verdoppeln. „Bestimmte Situationen verlangen rasche Entscheidungen“, sagte er. Dafür müsse man dann eben auch den Mut aufbringen. Die Flughäfen seien wichtig für die wirtschaftliche Entwicklung der Region. Wenn die Flughafen GmbH Rostock-Laage ihre Arbeit eingestellt hätte, wäre der Schaden für die Hansestadt und die umliegenden Orte groß gewesen. Seine Fraktion werde den Antrag der Grünen daher ablehnen.

Die Bestrebungen der drei kommunalen Gesellschafter, entweder auszusteigen oder das Land in Verantwortung zu nehmen, seien seit langem in der Diskussion, sagte die Linke-Abgeordnete **Dr. Mignon Schwenke**. Die Kommunen allein im Regen stehen lassen zu wollen, sei unverantwortlich. Jetzt habe das Land zwar die Zuschüsse verdoppelt – aber ohne das Parlament einzubeziehen, kritisierte sie. „An dieser Stelle will ich nicht verschweigen, dass wir uns in unserer Fraktion auch nicht einig sind darüber, ob wir einen Landesflughafen brauchen oder nicht“, sagte sie. Die Abstimmung werde bei der Linken nicht einheitlich sein. Aber einig seien sich ihre Fraktionskollegen in Grundsatzfragen. „Und wir brauchen endlich ein Landesflughafenkonzept, dass alle Flughäfen in ihrer tatsächlichen Lage betrachtet“, forderte die Abgeordnete.

Der SPD-Abgeordnete **Jochen Schulte** betonte in seinem kurzen Statement, dass seine Fraktion keinerlei Anhaltspunkte sehe, die Entscheidung der Landesregierung in Zweifel zu ziehen. Sie werde den Grünen-Antrag ablehnen. Nach Auffassung von NPD-Fraktionschef **Udo Pastörs** könne das Land weitere vier Millionen bis 2017 nur dann ausreichen, wenn ein tragfähiges Konzept für den Flughafen vorliege. Wieso die Landesregierung von der drohenden Zahlungsunfähigkeit der GmbH überrascht worden sei und sich plötzlich zu dem Zuschuss genötigt fühlte, erschließe sich ihm nicht. Ab 2017 müsse der Betrieb in Rostock-Laage von selbst laufen, weil ab dann keine Förderung mehr möglich sei. Es sei zwar berechtigt, Kritik zu üben, dennoch könne die Rechnung nicht kurzfristig gemacht werden. Dafür sei schon zu viel Geld in den Flughafen geflossen. In der Summe könne seine Fraktion dem Antrag also nicht zustimmen. Der Antrag fand keine Mehrheit im Parlament.

Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 6/2611

Armenhaus der Republik?

Linke beantragte Aussprache zur Armutsentwicklung in M-V

Armut mache den Einzelnen krank und habe Folgen für die gesamte Gesellschaft. „Wer das weiß, erkennt die Brisanz jüngster Analysen zur Armutsentwicklung in unserem Land“, sagte der Linke-Politiker **Torsten Koplín** am 30. Januar im Landtag. Aus diesem Grunde habe seine Fraktion die Aussprache zum Thema „Alarmierende Armutsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern – umgehend wirksame Maßnahmen zur Armutsbekämpfung initiieren“ beantragt.

Nach Jahren rückläufiger Tendenz steige die Armut in Mecklenburg-Vorpommern inzwischen sprunghaft an, sagte **Torsten Koplín** (DIE LINKE) unter Verweis auf wissenschaftliche Studien. „Weite Teile des Landes bilden das Armenhaus der Bundesrepublik. Mit 22,9 Prozent ist M-V das Flächenland mit der höchsten Armutsquote.“ Menschen in Armut haben Koplín zufolge eine geringere Lebenserwartung als jene, die in Wohlstand leben. Bei Frauen betrage die Differenz 8,4 Jahre, bei Männern sogar 10,4 Jahre. Eine Zunahme prekärer Verhältnisse gefährde zudem die Demokratie. „Die Linksfraktion fordert daher von der Landesregierung eine offensive Politik der Armutsbekämpfung. Bislang hat sie hierbei versagt“, sagte Koplín.

Sozialministerin **Birgit Hesse** ging auf eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung ein, derzufolge das Kinderarmutsrisiko in M-V von 2011 bis 2012 um rund 9.000 auf 72.000 Kinder stieg. Einen Grund für das erhöhte Armutsrisiko bei Kindern sieht die Ministerin im geringen Nettoeinkommen der Eltern. Deshalb werde M-V von der Einführung des Mindestlohnes in besonderem Maße profitieren. Sie verwies auch auf Regierungs-Maßnahmen, mit denen Eltern bei den Kita-Gebühren entlastet und Alleinerziehende bei der Integration in den Arbeitsmarkt gefördert werden.

Maika Friemann-Jennert (CDU) verwies auf einen Bericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zur regionalen Armutsentwicklung 2013. Danach gelten 869 Euro Einkommen für Single-Haushalte und 1.826 Euro für Familien mit zwei Kindern als amtliche Armutsschwelle. „Wir reden von Armut in einer Wohlfahrtsgesellschaft“, relativierte sie. Einen Ausweg aus Armut sieht auch sie in gutbezahlter Arbeit. Es gebe in M-V immer bessere Jobchancen, was ein aktueller Mittelstandsbericht bestätige. „Arbeit ist und bleibt das beste Mittel gegen Armut“, betonte die Abgeordnete. Im Land seien zudem zahlreiche Maßnahmen ergriffen worden, um Armut zu begegnen. Sie nannte unter anderem das Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder und Jugendliche. Die Möglichkeit der Teilnahme setze aber auch voraus, dass sie von den Betroffenen wahrgenommen werde. Der Staat könne nicht für alles in die Verantwortung genommen werden.



In Mecklenburg-Vorpommern versorgen rund 30 Tafeln bedürftige Menschen mit Lebensmitteln.
Foto: Jens Büttner

Die Linke-Abgeordnete **Karen Stramm** hob den Aspekt der Altersarmut hervor. „Armut im Alter wächst schneller als bei allen anderen Bevölkerungsgruppen“, sagte sie. Selbst wer 45 Jahre gearbeitet habe, sei vor Armut nicht sicher. Sie führte das auf eine „verfehlte Wirtschafts- und Sozialpolitik“ zurück. „Mit den Reförmchen der Bundesregierung ist Altersarmut nicht einzudämmen.“ Ihre Partei fordere neben der Renteneinheit auch die Heranziehung aller Einkommen für die Beiträge, betonte die Parlamentarierin.

Jörg Heydorn (SPD) widersprach dem Eindruck, die Landesregierung kümmere sich nicht um das Thema Armut. Gerade die SPD habe sich in der Regierungsverantwortung dafür eingesetzt, die Teilhabe von Menschen aller Altersgruppen zu verbessern. Er nannte als Beispiel unter anderem die besondere Förderung von Kitas in sozialen Brennpunkten. „Das ist auch eine Form der Armutsbekämpfung“, sagte Heydorn. Er zählte auch Investitionen in die Bildung dazu. Den Leuten immer nur mehr Geld zu geben, reicht seiner Meinung nach nicht aus. Dennoch müsse auch Einkommensarmut bekämpft werden, wie es nun mit der Einführung des Mindestlohnes auch geschehe.

Michael Andrejewski (NPD) nannte ein konkretes Beispiel für Armut aus Ostvorpommern. Einer arbeitslosen Frau, die wegen gesundheitsschädlichen Schwarzsimmels in eine etwas teurere Wohnung ziehen musste, sei vom Jobcenter die Kostenübernahme für die neue Unterkunft verweigert worden. Erst nach Beratung durch die NPD und einem Entscheid des Sozialgerichts sei der Beschluss zurückgenommen worden. Er kritisierte zudem, dass es keine Rechtsberatung im Jobcenter gebe. „Solange solche Verhältnisse hier möglich sind, ist das hier ein mieser Asozialen-Staat“, sagte der NPD-Abgeordnete.

Nach Ansicht von **Silke Gajek** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ist es wichtig, von der eigenen Arbeit leben zu können. Die Armuts-Problematik sei aber vielschichtig und nicht immer auf einfache Art zu lösen. Nur mehr Geld zu geben, wie es die Linke fordere, sei nicht der richtige Ansatz. Besonders schwierig sei die Lage für Frauen, denen besonders häufig Altersarmut drohe. Die Grünen hätten auch wiederholt gefordert, den Betreuungsschlüssel für die bis zu Dreijährigen in den Kitas zu verbessern sowie zumindest in Brennpunkten Familiencenter zu etablieren, damit qualifizierte Sozialpädagogen Eltern beraten könnten. Die Landesregierung habe längst noch nicht genug getan, meinte Gajek.

Weitere Beschlüsse des Landtages

Ethikkommission

In Deutschland sind von Februar 2014 an Gentests an Embryonen in engen Grenzen erlaubt. Eine Voraussetzung für die sogenannte Präimplantationsdiagnostik (PID) ist die Zustimmung einer unabhängigen Ethikkommission. Für sechs norddeutsche Bundesländer soll die Kommission ihren Sitz bei der Ärztekammer in Hamburg erhalten. Der Landtag stimmte am 29. Januar dem Gesetzentwurf über die Einrichtung der gemeinsamen Ethikkommission mit den Stimmen aller demokratischen Fraktionen zu. Neben Mecklenburg-Vorpommern sind Hamburg, Schleswig-Holstein, Bremen, Niedersachsen und Brandenburg beteiligt.

Drucksachen 6/2393 und 6/2645

Schülertransport

Die Fraktion B'90/DIE GRÜNEN scheiterte am 29. Januar mit einem Gesetzentwurf zur Änderung des Schulgesetzes. Der Entwurf hatte vorgesehen, auch den Schülern in den beiden kreisfreien Städten Rostock und Schwerin die Fahrtkosten zur Schule mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erstatten. Bislang können nur Schüler aus Landkreisen kostenfrei den Nahverkehr für den Schulweg nutzen. Zudem sollten die Fahrtkosten für Schüler erstattet werden, die nicht die örtlich zuständige Schule besuchen. Dies ist nach den geltenden Vorschriften selbst dann nicht möglich, wenn sich die gewählte Schule viel näher am Wohnort befindet als die zuständige Schule. Damit werde das Ziel kurzer Schulwege infrage gestellt, hieß es im Gesetzentwurf. Die Novelle war am 9. Oktober 2013 in Ester Lesung behandelt worden und fand nun auch in der Zweiten Lesung keine Mehrheit.

Drucksachen 6/2233

Landesverfassung

Die Ausschüsse des Landtages tagen auch künftig in der Regel nicht öffentlich, wobei die Gremien wie bisher für einzelne Sitzungen oder Beratungsgegenstände die Öffentlichkeit zulassen können. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN will es genau umgekehrt: in der Regel öffentlich und nur in Ausnahmefällen hinter verschlossenen Türen. Da die Festlegungen zur Arbeit des Landtages und seiner Ausschüsse in der Landesverfassung festgeschrieben sind, müsste diese geändert werden. Eine entsprechende Gesetzesnovelle der Grünen wurde mit dem Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Zustimmung der drei Oppositionsfraktionen am 29. Januar abgelehnt. Nach Auffassung von SPD und CDU habe sich das bisherige Verfahren bewährt und ermögliche beim Ringen um Kompromisse einen offenen, unbeeinflussten Austausch der Argumente. Außerdem solle man Änderungen der Landesverfassung mit Bedacht und möglichst nicht zu häufig vornehmen.

Drucksache 6/2350

Kunst am Bau fördern

Der Landtag legte am 30. Januar ein Bekenntnis zu „Kunst am Bau“ ab. Einen entsprechenden Antrag hatten die Koalitionsfraktionen SPD und CDU vorgelegt. Bei von der öffentlichen Hand finanzierten Gebäuden sollen sich demnach „künstlerische Idee und Bauaufgabe ergänzen“ und mit einem Ortsbezug zur Identifikation der Nutzer beitragen. Mit dem Antrag wird eine Empfehlung des Kulturrates des Landes Mecklenburg-Vorpommern aufgenommen.

Drucksache 6/2618

Erhalt der Südbahn gefordert

Die Linksfraktion dringt auf den Erhalt der gesamten Mecklenburger Südbahn zwischen Hagenow und Neustrelitz. Die Entscheidung, für Teilstrecken Schienenersatzverkehr einzurichten, solle so lange ausgesetzt werden, bis der neue Verkehrswegeplan des Landes beschlossen wird, forderte die Fraktion am 29. Januar. Zwischen Parchim und Malchow soll Ende 2014 der Zugverkehr eingestellt werden, da die Fahrgastzahlen zu gering seien. Dafür sollen dort Busse verkehren. Diese seien unbequem, für Touristen nicht zumutbar, missachteten die Interessen von Menschen mit Behinderungen und seien letztlich zu teuer, kritisiert auch eine Bürgerinitiative, die um den Erhalt der Bahn kämpft. Vertreter der Initiative beobachteten die Debatte von den Besucherbänken aus und reagierten enttäuscht auf das Ergebnis. Der Antrag wurde nach namentlicher Abstimmung mit 30 Gegenstimmen bei 22 Ja-Stimmen und einer Stimmenthaltung abgelehnt.

Drucksache 6/2620



Foto: Jens Büttner

Immunität aufgehoben

Der Landtag hat am 29. Januar die Immunität von NPD-Fraktionschef **Udo Pastörs** aufgehoben. Damit kann jetzt ein Urteil gegen den amtierenden Bundesvorsitzenden der rechtsextremen NPD vollstreckt werden. Er war 2012 wegen Verleumdung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener vom Amtsgericht Schwerin zu einer Bewährungsstrafe von acht Monaten und einer Zahlung von 6.000 Euro verurteilt worden. Der Abgeordnete hatte nach Ansicht des Gerichts 2010 indirekt den Völkermord an den Juden geleugnet. Die Geldstrafe soll dem Urteil zufolge für den Kauf von Kinderbüchern für die Stadtbibliothek Schwerin verwendet werden.

Drucksache 6/2647

Zukunft des Werftstandortes Stralsund debattiert

Alternative Möglichkeiten zum Schiffbau im Fokus der Aussprache

Die Zukunft des Werftstandortes Stralsund nach der Insolvenz der V+S Werften war am 30. Januar Thema einer Aussprache im Landtag. Wenige Tage zuvor hatte der Koalitionsausschuss von SPD und CDU die Entscheidung über den Verkauf der Werft am Strelasund vertagt. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Aussprache im Landtag auf die Tagesordnung gesetzt. Fraktionschef Jürgen Suhr kritisierte, die Landesregierung beginne erst jetzt, alternative Möglichkeiten zum Schiffbau zu prüfen. LandtagsNachrichten veröffentlichen Auszüge aus der Debatte.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

„Offenbarungseid der Landesregierung“



„Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wenn sich die Stralsunder Bürgerinnen und Bürger an jedem ersten Montag im Monat in der Marienkirche zusammenfinden [...], ist die Kirche immer gut gefüllt, [...]. Da wird in jedem Fall deutlich, welche Bedeutung die Perspektive der Werft für die

Menschen vor Ort, in der Region und [...] für ganz Mecklenburg-Vorpommern hat. [...]

Am Anfang [...] waren Hoffnung und Erwartung das vorherrschende Gefühl. In der Zwischenzeit, immerhin 17 Monate nach Erklärung der Insolvenz, setzen sich Resignation und Sorge durch.

Das ist deutlich geworden u.a. auch daran, dass beim vorletzten Friedensgebet eine Petition an die Landesregierung und an die Bundesregierung gerichtet worden ist. Mit dieser Petition verknüpft sich [...] die Frage: Was hat denn die Landesregierung in den letzten 17 Monaten getan, um etwas dazu beizutragen, dass der Werften- und Industriestandort Stralsund eine Perspektive hat?

Und wenn man sich das anschaut, welches Ergebnis derzeit vorliegt, [...] dann ist das für meine Begriffe eher ein Offenbarungseid für das Nichtstun der Landesregierung. [...]

Was haben wir im Moment? Wir haben eine Situation, wo wir zwei Bieter haben, zum einen New Global Wind, wo in der Tat offensichtlich ein fehlender Finanzierungsnachweis [...] gegeben ist, der Sie dazu veranlasst, ihr nicht den Zuschlag zu geben. [...]

Und zum anderen haben wir Nordic Yards, die in keiner Weise irgendwelche verbindlichen Erklärungen abgegeben haben und an dessen Ende zumindest das große Fragezeichen zu stehen hat, ob es für das Werftenland Mecklenburg-Vorpommern günstig ist, auf eine Monopolstellung hinauszulaufen.

Vor dem Hintergrund ist es in der Tat richtig, dass Sie auf Zeit spielen. Aber [...] was haben Sie denn in den letzten 17 Monaten getan, damit eine derartige Situation überhaupt nicht entsteht? Das ist die zentrale Frage. [...]

Nun sage ich an dieser Stelle [...]: in der Tat ist [...] in einem Insolvenzverfahren der Handlungsspielraum einer Landesregierung begrenzt. Gleichzeitig muss das Interesse der Landesregierung, hier zu einer Lösung zu kommen, natürlich auch fiskalisch riesengroß sein angesichts eines großen Verlustes von 280 Millionen Ausfall.

Und vor dem Hintergrund, glaube ich, ist es gerechtfertigt [...] zu fragen: Sind Sie auf Unternehmen zugegangen? Haben Sie geprüft, welche Möglichkeiten es gibt, etwa für Defizite, wenn sie denn noch bestehen im Bereich der Infrastruktur, öffentliche Förderungen anzubieten?

Sind Sie hergegangen und haben Alternativkonzepte geprüft? Und an welcher Stelle haben Sie auch einmal geprüft, ob dieser Standort die Perspektive nicht nur für eine Werft haben kann, sondern möglicherweise für eine andere Nutzung? [...]

Und insbesondere die zentrale Frage [...]: Was werden Sie tun in den nächsten Monaten bis zum Mai, um die Situation, so, wie sie sich im Augenblick darstellt, zu verändern?

Ich beende jetzt meine Rede und warte darauf, was Herr Glawe dazu erklärt, damit ich noch darauf reagieren kann. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.“

Anmerkung

Die Redebeiträge der Abgeordneten in der Plenardebatte am 30. Januar wurden für den Abdruck gekürzt. Wegen der Konzentration auf den Inhalt und der besseren Lesbarkeit wurde die Mehrzahl der Zwischenrufe weggelassen. Die gesamte Debatte im Wortlaut können Sie auf der Internetseite des Landtages nachlesen: www.landtag-mv.de (Parlamentsdokumente/Plenarprotokolle)

Minister Harry Glawe:

„Lösungssuche für Stralsund schwierig“

Foto: Cornelius Kettler



„Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Zu dem [...] Thema „Perspektiven des Werftenstandortes Stralsund nach Insolvenz der Volkswerft“ erlaube ich mir zunächst den Hinweis, dass es nicht nur die Insolvenz der Volkswerft in Stralsund gegeben hat, sondern die Insolvenz der P+S Werften GmbH.

Schwierig gestaltet sich die Lösungssuche für den Standort Stralsund. Danach stehen für die Gläubiger momentan zwei Themen zur Entscheidung an – Gläubiger sind Bund, Land und Banken –, erstens der Verkauf der beiden nicht mehr fertiggestellten ehemaligen Scandlines-Fähren, [...] und zweitens der Verkauf der Werftenliegenschaft.

Um den Erwerb der Fähren bemühen sich aktuell intensiv die ehemaligen Besteller Scandlines und Nordic Yards. Außerdem sind inzwischen zwei weitere Reedereien in das Bieterverfahren eingestiegen. Allerdings haben nur Scandlines und Nordic Yards bislang Angebote abgegeben. Das Angebot von Scandlines war ursprünglich bis Ende des vergangenen Jahres befristet, wurde aber zwischenzeitlich verlängert. Der Gläubigerausschuss hat daher den Insolvenzverwalter aufgefordert, mit den Bietern abschließende Kaufvertragsentwürfe auszuhandeln. Das Kabinett der Landesregierung hat zudem festgelegt, dass von beiden Bietern jeweils ein Finanzierungsnachweis vorzulegen ist.

(Udo Pastörs, NPD: He!)

Nach den Grundsätzen eines EU-weiten diskriminierungsfreien Bieterverfahrens ist dem höchsten Angebot der Zuschlag zu erteilen. Da die derzeitigen Angebote weit unter den ursprünglichen Neubaukosten der Fähren liegen, hat der Gläubigerausschuss festgelegt, dass der Käufer der Fähren gegebenenfalls eine Nachzahlung leisten muss. Damit sollen Geschäfte zulasten der Insolvenzmasse ausgeschlossen werden.

Sollte Scandlines im Bieterverfahren den Zuschlag erhalten, werden die beiden Fähren mit großer Wahrscheinlichkeit nicht in Mecklenburg-Vorpommern fertiggestellt werden, obwohl heute oder gestern Abend eine Ankündigung kam, dass man sich Nordic Yards auch vorstellen könnte. Bisher war es so, dass man Werften in Hamburg und in Bremen wahrscheinlich bevorzugen wird.

Nordic Yards will sich mit dem Erwerb der Fähren einerseits in eine bessere Planungsposition gegenüber Scandlines bringen, rechnet andererseits aber auch mit anderen wirtschaftlichen Bewertungsalternativen. Sollte Nordic Yards den Zuschlag erhalten, hätte dies sicherlich eine erhebliche Bedeutung für die Auslastung der Werftenstandorte in Wismar und Rostock, und dies für dieses und für nächstes Jahr. Aufgrund von Verzögerungen bei Neubauprojekten steht nach Jahren des Beschäftigungszuwachses bei Nordic Yards eine temporäre Unterbeschäftigung bevor. Darüber hinaus würden zumindest die mit dem Projekt ehemals befassten Ingenieure und Techniker der Volkswerft Stralsund wieder Beschäftigung finden. Schließlich könnte ein erheblicher Teil des Auftragsvolumens Zulieferunternehmen mit Betriebsstätten in Mecklenburg-Vorpommern durchaus zugute kommen.

„ Zum Verkauf des Werftenstandortes kann derzeit keine Entscheidung fallen. „

Diesen positiven Effekten stehen jedoch auch nicht zu vernachlässigende Risiken gegenüber. Sollten Scandlines und Nordic Yards sich nicht auf einen Umbauftrag einigen, müsste Nordic Yards die Schiffe anderweitig vermarkten. Dies dürfte mit Hinblick auf die Ergebnisse der bisherigen Bewertungsbemühungen des vom Insolvenzverwalter eingesetzten Schiffsmaklers kein leichtes Unterfangen sein. Die technische Spezifikation für den Einsatz auf der Linie Rostock-Gedser will Scandlines in etwa einem Monat abschließend den jeweiligen Interessenten zuschicken.

Im Rahmen der Finanzierung wäre es durchaus wahrscheinlich, dass Nordic Yards für die Bauzeitfinanzierung der Umbaukosten eine Landesbürgschaft beantragen würde. In diesem Falle wären die vorgenannten Risiken nach den Kriterien des neuen Werftenfinanzierungsgesetzes besonders gründlich zu prüfen, um zu verhindern, dass das Land ein zweites Mal in Anspruch genommen wird. Der Ausgang dieser Prüfung ist aus heutiger Sicht völlig offen. Was das vorgenannte Bieterverfahren betrifft, wird aber wahrscheinlich entscheidend sein, dass das beste finanzielle Angebot den Zuschlag erhalten wird.

Meine Damen und Herren, nun komme ich zum zweiten Komplex: Für den Verkauf des Werftenstandortes Stralsund liegen zurzeit zwei konkrete Angebote vor. Es handelt sich

um Nordic Yards und New Global Wind aus Hamburg. Bisher hat noch keiner der Bieter für sein Angebot einen Finanzierungsnachweis gebracht. Darüber hinaus macht eine Gruppe um den ehemaligen Bremer Vulkan-Chef Hennemann offenbar immer noch Versuche, ein deutsch-französisches Bieterkonsortium für die Volkswerft aufzubieten. Dafür hat Herr Hennemann jedoch trotz mehrmaliger Aufforderung keine konkreten Interessenten aus der Wirtschaft benennen können. Schließlich stehen noch weitere potenzielle Interessierte aus der Industrie kurzfristig für Gespräche bereit, um mögliche Flächen auf dem Standort der Volkswerft in Stralsund zu erwerben. Diese Interessenten möchten zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht namentlich genannt werden.

(Udo Pastörs, NPD: Oh!)

Der Gläubigerausschuss hat den Insolvenzverwalter auch hier beauftragt, mit den Bietern unterschriftsreife Kaufverträge mit Finanzierungsnachweis [...] auszuhandeln und zur Entscheidung vorzulegen. Der Insolvenzverwalter hat erklärt, dass er für die Fertigstellung der Fähren bis Mai 2014 am Standort Stralsund weiterarbeiten muss, und damit ist dieser Standort bis dahin auch durch den Insolvenzverwalter zu verwalten.

Mit Blick auf diese Situation und die noch anstehenden Prüfungen weiterer Interessenten kann zum Verkauf des Werftstandortes derzeit keine Entscheidung fallen.

*(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das ist auch gut so.)*

Da auch Nordic Yards eine weitere Übernahme erst in fünf Monaten nach Unterzeichnung des Kaufvertrages ins Auge gefasst hat, braucht diese Entscheidung sozusagen heute nicht zu fallen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: So ist es.)

Von daher werden wir als Landesregierung in den Ausschüssen über den Verlauf weiter unterrichten. – Vielen Dank.“



Aufmerksame Zuschauer auf der Besuchertribüne des Plenarsaals.

Chronologie

2009/2010

Die P+S Werften GmbH entstand 2010 durch die Verschmelzung der Volkswerft Stralsund GmbH und der Peene-Werft Wolgast GmbH. Bereits im Jahr 2009 waren die beiden Vorgängerwerften der P+S durch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise in schwieriges Fahrwasser gekommen. Ende 2009 beteiligte das Land Mecklenburg-Vorpommern sich kurzfristig an einem Darlehen, um den Fortbestand der beiden Werften zu ermöglichen.

2010

Im Frühjahr 2010 wurde diese Hilfe in ein erweitertes Finanzierungs- und Umstrukturierungspaket überführt, das die finanzierenden Banken zusammen mit dem Land und dem Bund als Bürgen erstellten. Die Schiffsproduktion in Stralsund und Wolgast konnte fortgesetzt werden, parallel erfolgten weitreichende Umstrukturierungen. Bis Mitte 2012 zeichneten sich wiederum erhebliche finanzielle Schwierigkeiten ab. Auch gab es Probleme bei der termingerechten Ablieferung der Fähren für die Scandlines-Reederei.

Juni 2012

Im Juni 2012 wurde bei der EU-Kommission eine Rettungsbeihilfe angemeldet und etwas später eine staatliche Garantie in Höhe von 152,4 Millionen Euro unter Vorbehalt genehmigt. Der Bund und das Land Mecklenburg-Vorpommern bürgten jeweils zur Hälfte. Diese Garantie wurde zum Teil bereits in Anspruch genommen, aber der vereinbarte Rahmen reichte nicht aus, um bestehende Aufträge fertigzustellen. Deshalb meldete das Unternehmen am 29. August 2012 Insolvenz an.

September 2012

Am 28. September 2012 setzte der Landtag auf Antrag der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Klärung von Sachverhalten im Zusammenhang mit der finanziellen Unterstützung der P+S Werften GmbH ein. Knapp 250 Aktenordner der Landesregierung und weitere Dokumente wurden inzwischen ausgewertet. Seit April 2013 wurden ergänzend 20 Zeugenbefragungen durchgeführt. Befragt wurde unter anderem der frühere Wirtschaftsminister Jürgen Seidel sowie der ehemalige Chef der Staatskanzlei Reinhard Meyer.

Januar 2014

Die Wolgaster Peene-Werft war im Dezember 2012 an die Bremer Lürssen-Werft verkauft worden. Für die ehemalige Volkswerft Stralsund wurde bisher noch kein Investor gefunden. Im Januar 2014 hatte die Landesregierung die Kaufinteressenten aufgefordert, schlüssige Finanzierungskonzepte für ihre Angebote vorzulegen. Die Suche nach einem Investor soll nun bis spätestens Mai abgeschlossen werden.

Helmut Holter, DIE LINKE:

„Was hat die Regierung getan?“

Foto: Cornelius Kettler



„Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! [...] Die Entwicklung der Werften hing stets von der Unterstützung durch die Politik ab. Das haben wir eben gerade vom Wirtschaftsminister wieder gehört.

Wer Untiefen und Klippen umfahren will, sollte nicht nur eine Karte und einen Kompass, sondern ein klar definiertes Ziel haben. Der Regierung fehlen das Ziel, die Karte und der Kompass – und damit umgehen, können sie schon gleich gar nicht. [...]

Im Sommer 2012 klärten der Ministerpräsident und der Wirtschaftsminister sehr hektisch Rettungs- und Umstrukturierungsbeihilfen mit der Europäischen Union. [...] im August die plötzliche Kehrtwende. Einen Tag nach dem hoffnungsvollen Besuch der Kanzlerin in Stralsund wurde dann die Insolvenz angemeldet. [...]

Als dann am 31. Oktober 2013 die Transfergesellschaft auslief, war von der Regierung nicht ein Wort der Solidarität zu vernehmen. Im Gegenteil, die Regierung wurde nicht müde, immer wieder zu betonen, dass der Insolvenzverwalter Herr des Verfahrens sei. [...] Bereits damals wollten Sie sich aus der Verantwortung ziehen. Heute weiß in der Regierung die rechte Hand nicht, was die linke tut, und umgekehrt. Sie legen sich die Argumente so zurecht, wie Sie sie gerade brauchen. [...]

Es ist eine Tragödie zulasten der Beschäftigten am Standort und zulasten der ganzen Region. Die Regierung und die Koalition haben sich entweder vom Insolvenzverwalter an der Nase herumführen lassen, oder sie wissen nicht, was sie tun.

„ Sie wirtschaften die Traditionsbranche des Landes herunter! „

Erinnern wir uns! [...]

Erstens. Am 13. Januar verkündete der Insolvenzverwalter gegenüber der Deutschen Presseagentur dpa, dass es für den Standort Stralsund zwei ernst zu nehmende Angebote gebe. Seine Arbeit sei getan, nun seien Land und Banken am Zuge. [...]

Zweitens. Am 14. Januar gibt der Wirtschaftsminister dem Vernehmen nach einen Bericht zu den Verhandlungen über den Verkauf der Volkswerft Stralsund im Kabinett. [...] Botschaft: Entscheidung vertagt.

Drittens. Am 21. Januar tagte wieder das Kabinett und am gleichen Tag auch der Koalitionsausschuss. Nach Medienberichten soll dem Ministerpräsidenten der Kragen geplatzt sein. Nach dieser Showeinlage gingen dann beide am Abend vor die Medien hier auf den Fluren in diesem Hohen Hause. [...] Das war an Peinlichkeit nicht zu überbieten, weil viele im Lande auf eine Entscheidung, zumindest auf ein Signal gewartet haben, wie es denn weitergehen soll. Also musste es kommen, wie es kommen musste: Entscheidung vertagt. Die Finanzierung sei immer noch unklar. Der Ministerpräsident setzte noch eins drauf und sagte, er werde auf bessere Angebote warten. [...]

Viertens. [...] Wir erfahren, dass Termine in der Landesregierung offenbar beliebig verschiebbar sind. Wie ist es denn sonst zu erklären, dass am 16. Januar im Finanzausschuss [...] der Wirtschaftsstaatssekretär Herr Dr. Rudolph erklärt, Deadline für beide Verkäufe, für die Fähren und für die Werft, sei der 31. Januar?

Es gebe Druck, und die Unterhaltungskosten für die Werft seien immens hoch.

Am 23. Januar – eine Woche später – erklärt uns dann Herr Glawe, es gebe diesen Druck überhaupt nicht, sondern die Bieter bestimmen den Termin. [...]

Ich habe mich gefragt: Was soll das eigentlich? Welche Informationspolitik gegenüber dem Finanzausschuss, gegenüber dem Parlament verfolgen Sie eigentlich? Sie haben uns doch, nach meiner Auffassung, veräppelt.

Und deswegen, meine Damen und Herren, ist doch die Frage vollkommen offen: Was hat die Regierung [...] in den letzten 17 Monaten nun tatsächlich getan?

Jetzt heißt es, der Verkauf der Werft muss spätestens bis Ende Mai erfolgen.

Und deswegen, meine Damen und Herren, ist es doch ersichtlich, dass Sie sich erstens nicht einig sind, was Sie für eine Politik verfolgen, und zweitens handeln Sie absolut planlos, sind überfordert und orientierungslos. [...]

Was ist in den letzten 17 Monaten passiert? Da wurde nach Russland gefahren, es wurden unzählige Beratungen durchgeführt, es wurden mehrere Beratungen des Kabinetts durchgeführt, der Koalitionsausschuss hat getagt, aber konkret ist doch nichts rumgekommen!

Schließlich gab es zu keinem Termin eine wirkliche Entscheidungsgrundlage. Sie selbst haben doch immer die ungeklärte Finanzierung der Angebote ins Feld geführt.

Und ich frage mich, was haben Sie eigentlich die letzten Monate gemacht? Warum stellen Sie die Frage nach dem Finanzierungsnachweis erst jetzt, im Januar 2014? [...] Warum ist nicht schon 2013 geprüft worden, ob diese Finanzierungsnachweise vorliegen? [...]

Zu dem beschriebenen Schlamassel [...] kommt noch hinzu, dass Sie jetzt ein Gutachten in Auftrag gegeben haben über den Sachwert der Werft. [...] Das hätte man doch schon längst machen können! Denn es ist ja bekannt, [...], dass ein Verkauf der Werft unter dem Sachwert insolvenzrechtlich verboten ist.

Am 13. Januar war schon klar, Sie können sich nicht entscheiden. Und wenn Sie sich dann doch entscheiden würden, könnte ja diese Entscheidung wieder kassiert werden, wenn das Angebot unter dem Sachwert liegt. Das ist immer das gleiche Muster: Sie wollen nicht entscheiden, Sie täuschen lediglich Aktivitäten vor.

Und sind Sie sich bewusst, was Sie hier anrichten? Sie wirtschaften die Traditionsbranche des Landes herunter! [...]

Und nicht zuletzt mit dem Werftenförderungsgesetz [...] mit diesem Gesetz, das ja eigentlich ‚Werftenzerstörungsgesetz‘ heißen müsste, haben Sie bereits gezeigt, wohin die Reise gehen soll. Unterstützung für eine strukturbestimmende Branche sieht anders aus. [...]

Vor Jahren schauten noch die anderen Küstenländer neidisch nach Mecklenburg-Vorpommern und sahen [...] sehr gute Bedingungen für den Schiffbau. Heute schaffen Sie es, Herr Ministerpräsident, das Land zu einem Gebiet, einer Region mit den schlechtesten Bedingungen für den Schiffbau in Deutschland zu machen, vielleicht sogar in Europa [...].“



Foto: Jens Büttner

Jochen Schulte, SPD:

„Chance für den Standort Stralsund“



Foto: Cornelius Kettler

„Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte vielleicht am Anfang mal versuchen, mit einigen Märchen aufzuräumen, die eben vom Kollegen Holter hier angesprochen worden sind.

*(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ja, das wäre sehr schön, Jochen.)*

Fangen wir mal an mit dem Vorwurf, warum die Landesregierung nicht noch länger wartet, bis weitere mögliche Bieter ihre Angebote untersetzen, um die Fähren und/oder den Werftstandort zu kaufen. [...]

Man kann nicht auf der einen Seite der Landesregierung – wobei das ohnehin nicht der richtige Adressat ist, sondern das ist der Insolvenzverwalter –, man kann nicht auf der einen Seite der Landesregierung den Vorwurf machen, dass sie die Zeit bis heute genutzt hat, um denjenigen, die auch nur ansatzweise vernünftige Angebote entweder für den Erwerb der Fähren oder gemeinsam für die Fähren und den Werftstandort abzugeben beabsichtigen, Zeit zu geben, um das entsprechend zu untersetzen – was ich für sinnvoll halte –, und gleichzeitig dann wieder den Vorwurf machen, dass diejenigen über Monate nichts weiter abgegeben haben als bloße Interessenbekundungen, die im Endeffekt nicht das Papier wert waren, auf dem sie standen; bei denen jegliches Konzept fehlte, wie sie weiter mit dem Werftstandort umgehen wollten; die teilweise nur darauf spekulieren, dass sie heute die Fähren vielleicht kaufen können, um sie am nächsten Tag mit einem möglichst großen Aufschlag weiterzuverkaufen, weil sie genau wissen [...], dass die Fähren von Scandlines gebraucht werden.

Ich will es mal ganz deutlich sagen, wir sind in diesem Land in einer Situation – ich habe das, glaube ich, hier schon mal gesagt –, wenn das Wetter wirklich stürmisch ist, würde ich nicht mehr unbedingt zwingend auf eine der Fähren gehen wollen. [...]

Scandlines braucht die Fähren, Scandlines ist darauf angewiesen, dass die Fähren zwischen Gedser und Rostock fahren. Und jede Entscheidung, den Verkauf der Fähren noch weiter hinauszuzögern [...], ist eine massive Entscheidung gegen die verkehrs- und wirtschaftspolitischen Interessen dieses Landes. Deswegen halte ich es für sinnvoll – das sage ich hier ganz deutlich –, [...] dass die Fähren tatsächlich jetzt auch verkauft werden, und ich freue mich darüber. [...]

Ich freue mich darüber, dass jetzt von Scandlines zumindest der Wille besteht zu sagen, wenn wir diejenigen sind, die den Zuschlag erhalten für den Kauf der Fähren, dann können wir – anders, als das noch vor wenigen Wochen der Fall war, wo das klar abgelehnt worden ist von dem Unternehmen – es uns jetzt vorstellen, diese Fähren an einem Werftstandort hier im Lande umzubauen. Dass das dann voraussichtlich nicht der Werftstandort Stralsund ist unter den Bedingungen, wie sie momentan sind, das war von vornherein klar. Aber ich denke mal, für die Beschäftigungssituation in Warnemünde und in Wismar wäre auch ein Umbau der Fähren dann durchaus positiv.

Deswegen, sehr geehrter Kollege Holter, man kann kritisieren, dass das so lange gedauert hat, man kann kritisieren, dass es zu schnell gegangen ist, aber man sollte sich schon darauf verständigen, wenigstens in seiner eigenen Argumentation, welchen Vorwurf man denn tatsächlich erheben will. [...]

Aber dann lassen Sie mich noch einen zweiten Satz dazu sagen: Wer sich hier hinstellt und allen Ernstes vorträgt, dass man als Alternative immer noch hätte, die Fähren zum Schrottpreis zu verkaufen ...

*(Helmut Holter, DIE LINKE:
Das habe ich nicht gesagt.)*

Doch, genau das haben Sie gesagt, Herr Kollege Holter! Sie haben eben hier gestanden und haben gesagt, es ist ja immer noch die Möglichkeit da, wenn es keine vernünftigen Angebote gebe, könnte man die Fähren zum Schrottpreis verkaufen.

Und da müssen wir mal ganz klar sagen, der Schrottpreis, völlig egal, wer hinterher vom Insolvenzverwalter mit dem Geld bedient wird, das dort eingenommen wird, der Schrottpreis für die Fähren liegt ungefähr bei acht Millionen Euro.

*(Helmut Holter, DIE LINKE:
Wo haben Sie die Zahl denn her?)*

Da müssen Sie mal mit dem Insolvenzverwalter sprechen.

*(Helmut Holter, DIE LINKE:
Ich habe eine andere Zahl, Herr Schulte. –
Zuruf von Vincent Kokert, CDU)*

Und, Herr Kollege Holter, wenn man das dann ins Verhältnis setzt zu den bestimmt nicht attraktiven Angeboten aus

Sicht des Insolvenzverwalters [...], dann verbietet es sich schon zu sagen, es ist eine Alternative, tatsächlich hier die Dinger zu verschrotten

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

und in den Altmetallhandel zu bringen – um es etwas drastisch auszudrücken, damit das hier auch allen deutlich wird.

*(Helmut Holter, DIE LINKE:
Das hat niemand gesagt, Herr Schulte. –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oh doch!)*

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, aber lassen Sie mich zu dem Thema Werftstandort zurückkommen: Ich finde das sehr gut, dass heute diese Aussprache hier auf die Tagesordnung gesetzt worden ist. Ich finde das deswegen gut, weil ich sowohl bei Ihnen, Herr Kollege Holter, als auch bei Ihnen, Herr Kollege Suhr, den Eindruck hatte, dass hier jetzt das große Bedauern ausgebrochen ist, dass das Land, was den Standort Stralsund angeht – das muss man ja auch differenzieren im Hinblick auf Wolgast, was die P+S-Werften insgesamt angeht –, dass wir jetzt aus Ihrer Sicht vor einem Scherbenhaufen stehen.

Ich will das gar nicht bewerten, ob das ein Scherbenhaufen ist, weil so hart, wie das klingt – ich habe gestern noch mit dem Betriebsratsvorsitzenden der Volkswerft in Stralsund gesprochen –, aber auch die sehen die Insolvenz immer noch – trotz aller Resignation, die Sie eben selber angesprochen haben, Herr Kollege Suhr –, sie sehen sie immer noch auch als Chance für die weitere Entwicklung des Standortes Stralsund.

„ Es ist immer billiger, eine Insolvenz zu vermeiden, als einen Standort wieder völlig neu aufzubauen. „

Aber eins möchte ich an dieser Stelle ganz deutlich sagen, weil Sie [...] die Situation von vor 17 Monaten angesprochen haben. Ich bin in diesem Saal dafür gescholten worden, [...] dass ich mich hingestellt und gesagt habe, ich halte es für richtig, dass die Landesregierung alles Vertretbare und Machbare tut, um die Werft am Leben zu erhalten. Das habe ich nicht gesagt, weil ich Haushaltsmittel gerne aus dem Fenster schmeiße, sondern weil ich aus der Erfahrung von vielen Insolvenzen weiß, dass genau das, worüber wir heute reden – nämlich das Risiko bei einer Insolvenz, dass wir am Ende tatsächlich vor einem möglichen Scherbenhaufen stehen –, der Regelfall ist, und man deswegen erst versuchen sollte, die Insolvenz zu vermeiden, um nicht hinterher das Geld, das man eingespart hat, weil man vielleicht gesagt hat, ich verzichte jetzt darauf, an der einen oder anderen Stelle noch zu substituieren, dass man das Geld hinterher doppelt und dreifach wieder raushauen muss, um dann einen Stand-

ort, der im Endeffekt kalt geworden ist – und das ist ja das Problem des Standortes Stralsund –, wieder aufzubauen. Wir werden uns sicherlich, egal wie die Lösung aussehen wird, die für den Werftstandort Stralsund kommen wird – und ich bin mir sicher, dass es eine Lösung geben wird –, wir werden uns spätestens dann mit dem Kollegen Saalfeld an dieser Stelle wieder darüber unterhalten dürfen, wie viel Geld es aus Landesmitteln kosten wird. [...]

Es ist immer billiger, eine Insolvenz zu vermeiden, als hinterher zu versuchen, einen Standort wieder völlig neu aufzubauen. [...]

Und wenn ich das jetzt sehe, was hier passiert, dann ist das, und das muss man an dieser Stelle auch mal deutlich sagen, ein sehr großes Verdienst des Insolvenzverwalters, der dabei die Unterstützung der Landesregierung gehabt hat. Das ist nämlich ihre Aufgabe gewesen, den Insolvenzverwalter dabei zu unterstützen, dass diese Werft überhaupt weiterarbeiten kann, weil, wie gesagt, für alle Beteiligten wäre es das Einfachste gewesen, zu sagen, wir machen einen Cut, der Laden ist zu, die Leute werden nach Hause geschickt, dann wird das Vermögen abgewickelt und das ist es dann gewesen. [...]

Vor dem Hintergrund, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ist es natürlich dann erst mal eine Sache, zu gucken, welche Arbeit gibt es. Das ist auch durch das Land unterstützt worden, alleine durch finanzielle Mittel für die Transfergesellschaft. Das wird ja gerne vergessen in diesem Land, vor allem von Ihnen oder auch von den Kollegen der Linkspartei.

Aber es geht nicht nur um die Fragen der finanziellen Unterstützung, sondern es geht auch darum, dass man dann zum Beispiel im Gläubigerausschuss sagt, wir geben dir als Insolvenzverwalter tatsächlich die Zeit. [...] Das ist die Aufgabe des Insolvenzverwalters, alleine schon um sicherzustellen, dass wir ein formal korrektes Verfahren haben, ihn dann dabei zu unterstützen, dass die entsprechenden Angebote eingeholt werden. Und da komme ich wieder auf die Situation 2009 zurück. [...]

Was glauben Sie denn, wie das 2009, 2010 gewesen wäre? Glauben Sie allen Ernstes, da wären es mehr gewesen? Die Situation ist doch so: Wir sind gerade dabei, dass wir einen Schrumpfungsprozess in den Werften hinter uns haben. Es gibt offensichtlich kein allzu großes Interesse daran, zusätzliche Werftkapazitäten wieder aufzubauen.

*(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Und zwar europaweit.)*

[...] Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn man am Ende eines solchen Prozesses – und der hat bei allen anderen Werften genauso lange gedauert –, wenn man denn am Ende eines solchen Prozesses sieht, dass das, was der Markt dort bietet, nicht das ist, was wir uns für die industrielle und nachhaltig sinnvolle Entwicklung des Standorts Stralsund wünschen – und zwar völlig egal, ob Werft oder

irgendwelche anderen Industriearbeitsplätze –, dann ist es tatsächlich Aufgabe der Landesregierung [...], zu schauen, ob es außerhalb des Insolvenzverfahrens nicht möglicherweise noch weitere Interessenten gibt, [...] die sagen, wir als potenzielle Investoren sind bereit, unabhängig von der Insolvenz an diesem Standort zu investieren und tatsächlich einen Industriestandort zu entwickeln. [...]

Wenn das das Ergebnis der Arbeit der Landesregierung ist, dann, finde ich – und das sehen ja offensichtlich Betriebsrat, Gewerkschaften genauso –, ist das ein gutes Ergebnis für den Standort Stralsund. [...]"

Udo Pastörs, NPD:

„Bankrotterklärung der Regierung“



Foto: Cornelius Kettler

„Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! [...] Wir haben auch die Tatsache zur Kenntnis zu nehmen, dass wir bis heute von der Landesregierung noch nicht mal eine konkrete Zahl auf den Tisch bekommen haben, die den Insolvenzwert, der den Massewert in Zahlen ausgedrückt, überhaupt darstellt. Das wissen wir bis heute nicht. Es ist uns dreimal versprochen worden, dass geliefert wird. Herr Glawe hat das zuletzt im Ausschuss gesagt. Bis heute weiß die Landesregierung überhaupt nicht, was denn an Masse, in Geld ausgedrückt, überhaupt Gegenstand des Limits ist, von dem hier oft schwadroniert wird. [...]"

„ Das führt zu einem
Vertrauensbruch der Wählerschaft
an der Küste. “

Kurzum ist es aufschlussreich gewesen, dass hier der Herr Schulte einen Schritt gewagt hat auszusprechen, was der Ministerpräsident offensichtlich bisher überhaupt gar nicht gewagt hat. Hier hat Herr Schulte eben für die SPD und damit auch für eine Partei, die hier im Land in der Regierung sitzt, gesagt, in Stralsund ist es wahrscheinlich mit der maritimen Industrie, mit der Werft zu Ende. Da wird wahrscheinlich nichts mehr kommen, und das ist auch mehr oder weniger

das kleinere Übel. Ihm sei lieber ein Beschäftigungsvolumen von 100, 200 Beschäftigten in der Metallindustrie als 40 oder 50 auf einem Werftstandort.

Da haben Sie natürlich Recht. Nur Sie haben bisher den Leuten immer genau das Gegenteil erzählt und haben die Zulieferer – 4.000, 5.000, 6.000 Beschäftigte, je nachdem, was man dazurechnet – immer in der Hoffnung gewiegt, dass es eine Zukunft auch in Stralsund gibt. Und hier hören wir heute dann endlich die Bankrotterklärung der Regierung, die sagt: Wir haben keinen Einfluss! [...]

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie werden die Realitäten zur Kenntnis nehmen müssen, dass das, was jetzt in Stralsund geschieht, massiv zu einem Vertrauensbruch der Wählerschaft an der Küste führt. Nicht nur auf den Standort Stralsund bezogen wird es ein ganz klarer Vertrauensbruch der gesamten maritimen Industrie an der Ostseeküste hier in Mecklenburg und Vorpommern bedeuten. [...]

Vincent Kokert, CDU:

„Schwieriges Fahrwasser“



„Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Suhr! Sehr geehrter Herr Kollege Holter! Ich will nicht verhehlen, dass es auch den Koalitionsfraktionen im Prinzip recht war, dass Sie das heute beantragt haben.“

*(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Na immerhin was.)*

So konnte man wenigstens mal in der Öffentlichkeit und auch völlig ungeschützt

*(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wertfrei.)*

unter der gesamten Öffentlichkeit des Landes darüber re-

den, wer welche Prioritäten setzt und wer bisher welche Leistungen vorzubringen hat.

Und, Herr Kollege Suhr, Ihre Rede war zwar mutig, aber ich glaube, Sie hatten wenig in der Hand – ich hab mir im Prinzip nichts aufgeschrieben –, haben hier aber eine gewaltige Bugwelle vor sich hergeschoben,

*(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Dafür ist der Zettel aber ziemlich voll.)*

wo ich mich frage, wohin Sie eigentlich mit Ihrem Tagesordnungspunkt wollten. Bisher ist das ein völliger Schuss in den Ofen gewesen.

*(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das sagen wir zu Ihnen auch oft. –
Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)*

Ich hoffe, dass Sie die Vorwürfe, die Sie der Landesregierung gemacht haben, noch das eine oder andere Mal hier inhaltlich untersetzen. Denn von dem, was wir so gehört haben – nicht nur in den letzten Tagen, in den letzten Wochen und Monaten –, war von den Grünen bisher zum Werftstandort Stralsund weder etwas zu sehen noch etwas zu hören.

*(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Oh, da sind Sie falsch informiert.)*

Das kann sein. Das kann sein. Wenn Sie die IG Metall, den Betriebsrat und die Zulieferbetriebe als schlecht informiert bezeichnen, ist das Ihre Auffassung. Ich kann Ihnen sagen, dass der Kollege Nieszery und ich allein gestern wieder drei Stunden genau mit diesen Herrschaften zusammengesessen und sehr offen und ehrlich darüber geredet haben, wie vielleicht die Perspektiven für diesen Werftstandort sind. Das sind keine Gespräche, die einfach sind, das sage ich Ihnen wirklich. Ich würde auch lieber andere Gespräche führen. Wir sind da in schwierigem Fahrwasser, was diesen Standort angeht. Aber eins eint uns. Sie haben ja bisher null Konzept vorgetragen, vielleicht kommt das noch.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Glaub ich nicht.)

Eins eint uns: Die beiden Koalitionsfraktionen und die Regierung werden alles in ihrer Macht Stehende tun, um den maritimen Standort in Stralsund zu erhalten. [...]

Vielleicht können Sie mir erklären, warum Sie an der entscheidenden Stelle, wenn es darum geht, auch mal ein kraftvolles Bekenntnis für die maritime Wirtschaft in diesem Land abzugeben, immer einen schlanken Fuß machen?!

// Für uns hat nach wie vor Priorität, dass der Industriestandort Stralsund erhalten bleibt. //



Foto: Cornelius Kettler

Ich habe mir mal einen Antrag rausgesucht, der ist unterschrieben von den Fraktionen SPD, CDU und DIE LINKE. Da geht es um die maritime Wirtschaft in diesem Land. Und ich sage Ihnen, wenn wir diesen Antrag so nicht durchgesetzt hätten – ich muss diesmal ausdrücklich den Kollegen Holter da ausnehmen, der hat nämlich mit unterschrieben –, dann wär es mit der maritimen Wirtschaft in diesem Land noch viel schlechter bestellt, als sie jetzt tatsächlich ist. Herr Kollege Suhr, erklären Sie mir, warum Sie da nicht unterschrieben haben!

*(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Welchen meinen Sie denn?)*

Weil Sie Angst hatten vor der Verantwortung,

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ach!)

weil Sie Angst vor der Verantwortung hatten, haben Sie nicht unterschrieben.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)*

Stehen Sie doch dazu! Stehen Sie doch dazu! Vielleicht ist auch heute der Tag der Wahrheiten. Sie haben ihn hier eingefordert. [...]

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen! Das wäre ja im Grunde genommen gar nicht so schlimm. Es ist ja im Allgemeinen bekannt, dass Industriepolitik nicht unbedingt zu den Kernthemen der Grünen-Politik gehört.

Aber wenn Sie dann schon eine Aussprache dazu beantragen – Sie kommen hier nach vorne, halten eine allgemeine Grußadresse und setzen sich wieder hin –, dann ist das das Dummste, was ich jemals zu so einem komplexen Thema gehört habe.

Ich komme zu den Konzepten, die wir haben.

*(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ah, da bin ich ja sehr gespannt! Bis jetzt
war davon noch nichts zu hören.)*

Dazu komme ich. Seien Sie darauf vorbereitet! Ich will von Ihnen dazu was hören. Machen Sie doch einfach vernünftige, solide Politik in Ihrem Wahlkreis! Sehen Sie den Leuten bei dem, was Sie hier tun, auch ins Auge!

Meine Informationen waren übrigens andere. Der Insolvenzverwalter, auch der Betriebsrat hatten mir gesagt, Sie haben dort lange keinen Grünen mehr gesehen. Das letzte Mal hingen Wahlplakate da. Mag sein, dass das nicht stimmt. Vielleicht bin ich falsch informiert,

*(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Da sind Sie völlig falsch informiert.)*

müssen Sie selber besser wissen. Ich finde jedenfalls immer, es ist wesentlich besser, wenn man nicht über die Leute spricht, sondern mit ihnen. Und da will ich ausdrücklich die beiden Koalitionsfraktionen und auch die Regierung in Schutz nehmen. Das tun wir seit den letzten Wochen und Monaten sehr, sehr intensiv. Von Ihnen hab ich da wenig gehört. [...]

Das waren meine Notizen dazu, und jetzt sage ich Ihnen die Auffassungen der Koalitionsfraktionen und auch der Regierung: Wir sind ständig und permanent – in guten und in schlechten Zeiten, Herr Suhr – in Gesprächen mit den Kolleginnen und Kollegen auf der Werft, mit der IG Metall, mit dem Betriebsrat und mit den Zulieferern – erster Punkt.

Zweiter Punkt: Für uns hat nach wie vor Priorität – zu dem Bekenntnis haben Sie sich heute noch nicht durchringen können –, für uns hat nach wie vor Priorität, dass der Industriestandort Stralsund erhalten bleibt. Das hat nach wie vor Priorität. Und wir prüfen auch parallel sinnvolle Alternativen dazu, weil es natürlich dazu kommen kann, dass es zukünftig eventuell keinen Schiffbau mehr geben kann. [...]

Und das Dritte, und das ist eigentlich das Entscheidende: Wir werden bei allen zukünftigen Entscheidungen, wenn es um den maritimen Industriestandort in Stralsund geht, die Stralsunderinnen und Stralsunder mit ihrer Entscheidung nicht alleinlassen, sondern wir werden auch in schwierigen Zeiten nach wie vor hinfahren, mit den Leuten im Gespräch bleiben und alles, was das Land an Möglichkeiten hat, natürlich ausschöpfen, um den Standort zu erhalten. Und Sie mögen das ja als Opposition alles erheiternd finden. Das zeigt, dass es Ihnen auch bei diesem Thema wirklich an der Ernsthaftigkeit mangelt.

Es mangelt Ihnen wirklich an der entscheidenden Ernsthaftigkeit. Sie haben versucht, hier substanzielle Versäumnisse der Landesregierung und der Koalitionsfraktionen nachzuweisen. Ich habe nicht eine einzige Untersetzung dazu gehört außer Plattitüden. Insofern sage ich Ihnen: Auch der Standort in Stralsund ist nach wie vor bei der Landesregierung und bei den sie tragenden Koalitionsfraktionen in guten Händen, und da gehört er auch hin. – Haben Sie vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

Aussprache

Die Aussprache zum Thema „Perspektive des Werftstandortes Stralsund“ hatte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Tagesordnung der 61. Plenarsitzung angemeldet. Dabei hat sich die Fraktion auf die Geschäftsordnung des Landtages berufen. Hier sind in § 43 die Verhandlungsgegenstände aufgelistet, die Gegenstand von Parlamentsdebatten sein können:

1. alle Vorlagen im Sinne der Geschäftsordnung (Gesetzentwürfe, Anträge),
 2. Aussprachen zu Themen, die öffentliche Angelegenheiten sind und das Land betreffen,
 3. Regierungserklärungen und sonstige mündlich gegebene Berichte von Mitgliedern der Landesregierung.
- Am 30. Januar gab es noch eine zweite Aussprache gemäß § 43 der Geschäftsordnung. Diesmal beantragt von der Fraktion DIE LINKE zum Thema „Alarmierende Armutsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern“. *(Einen Bericht zu dieser Aussprache können Sie auf Seite 11 lesen.)*

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: „Keine Konzepte“



Foto: Cornelius Kettler

„Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! [...]

An konzeptionellen Vorstellungen fehlt es nach wie vor. Das haben Sie gerade eindrucksvoll dokumentiert.

Und [...] ich werde immer ein bisschen vorsichtig in dem Moment, wenn Sie sich zu irgendwelchen verbalen Attacken, die auf oberflächlichster und Vorurteilebene gegen die Grünen sind, herablassen. Das ist das beste Zeichen dafür, dass Sie inhaltlich nichts zu bieten haben. Und das wurde auch heute in mehreren Beiträgen deutlich.

„ Sie haben inhaltlich nichts zu bieten. “

Aber in der Tat, es gab zwei interessante Aussagen [...] und zwar erstens die des Wirtschaftsministers, der [...] zum Ausdruck gebracht hat, wir haben weitere Interessenten, wir haben sie aus dem Bereich der Industrie und wir reden mit denen.

Und die zweite Aussage [...] von [...] Herrn Schulte, sinngemäß haben Sie hier erklärt: mir ist es doch lieber, wenn ich einen industriellen Standort in Stralsund habe, mit vielleicht 300 oder 400 Mitarbeitern, als einen Werftstandort. Das ist die zentrale Aussage der Landesregierung und der regierungstragenden Fraktionen am heutigen Tage! Es dokumentiert, [...] dass Sie jetzt umschwenken und dass Sie in den letzten 17 Monaten nichts getan haben, um in dieser Richtung in irgendeiner Form vorzugehen. Das ist das, was Sie heute hier erklärt haben. [...]

Und ich will an dieser Stelle noch eines sagen: Wenn Sie jetzt einen zeitlichen Horizont benennen, der auf Mai orientiert ist, dann kann ich Ihnen – und das meine ich ganz aufrecht – nur viel Glück und das notwendige Engagement wünschen, was Sie in den letzten 17 Monaten haben vermissen lassen. [...]

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.“



In Ivenack gibt es nicht nur die ältesten Eichen Deutschland, sondern auch den besten Baumkuchen. Davon konnten sich die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses zusammen mit Landwirtschaftsminister Dr. Till Backhaus am Stand der Familien-Konditorei Komander persönlich überzeugen. Foto: Landtag M-V

Botschafter für unser Land

Wirtschaftsausschuss besucht MV-Austeller auf der Grünen Woche

„Bessere Botschafter für das Land kann man sich nicht wünschen!“, sagte Dietmar Eifler, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses, nach dem Rundgang mit seinen Fachkollegen durch die MV-Länderhalle am 23. Januar. Wie er waren auch die anderen Abgeordneten beeindruckt, mit wie viel Engagement und Leidenschaft die Austeller ihre Produkte anbieten und ihre Heimatregion vorstellten.

Bei dem Messerundgang der Abgeordneten zeigten sich alle Aussteller mit dem Messeverlauf, den Verkäufen und dem neuen Hallen-Konzept sehr zufrieden. Getreu dem Messe-Motto „Genieße Mecklenburg-Vorpommern“ begaben sich vom 17. bis 26. Januar wieder mehr als 400.000 Besucherinnen und Besucher auf eine kulinarische Erlebnisreise durch Mecklenburg-Vorpommern.

„Die Messebesucher kommen dabei gleich in doppelter Hinsicht auf den Geschmack“, so Dietmar Eifler. „Sie bekommen Lust, die Länderhalle im nächsten Jahr erneut zu besuchen und vielleicht auch in Mecklenburg-Vorpommern Urlaub zu machen. Die hohen Besucherzahlen auf der Messe, das enorme Interesse an Flyern und Urlaubskatalogen sowie die nach der Messe stets ansteigenden Buchungszahlen bestätigten dies. „Jeder in diese Messe investierte Euro zahlt sich somit doppelt aus“, ist Eifler überzeugt.

Mecklenburg-Vorpommern präsentierte sich auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin zum 15. Mal in einer eigenen Länderhalle. In diesem Jahr boten rund 60 Aussteller an 40 Verkaufs- und Präsentationsständen ihre Produkte in der komplett neu gestalteten Länderhalle an. Zu den neuesten Spezialitäten aus Mecklenburg-Vorpommern gehörten Maränenkaviar und laktosefreie Eiscreme.

Zusammenarbeit im Ostseeraum

Parlamentsforum Südliche Ostsee

Am 11. Februar vertrat der Abgeordnete **Jochen Schulte** den Landtag M-V bei einer Arbeitssitzung des Parlamentsforums Südliche Ostsee (PSO) in Kiel. Hier ging es um die Vorbereitung des 7. Parlamentsforums Südliche Ostsee, das vom 19. bis 22. Mai in Kaliningrad stattfinden wird. Der Fokus des Forums richtet sich in diesem Jahr auf die Chancen und Herausforderungen bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Tourismus. Mecklenburg-Vorpommern wird sich mit den Bereichen Gesundheitswirtschaft sowie nachhaltiger Kreuzfahrttourismus einbringen. Um die Öffentlichkeit noch stärker in die Arbeit des Forums einzubeziehen, plant Gastgeber Kaliningrad u. a. einen Fotowettbewerb „Das Lächeln der Ostsee“. Die Gewinnerbilder aus allen Partnerländern sollen dann als Wanderausstellung in den beteiligten Parlamenten präsentiert werden.

Ständiger Ausschuss der BSPC

Landtagspräsidentin **Sylvia Bretschneider** vertrat am 30. Januar den Landtag auf der Sitzung des Ständigen Ausschusses der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) in Brüssel. Bei der Beratung ging es u.a. um die Planung der diesjährigen Jahreskonferenz Ende August im polnischen Olsztyń. Im kommenden Jahr wird der Landtag Mecklenburg-Vorpommern das Jahrestreffen der BSPC ausrichten. Am 1. September 2014 übernimmt Sylvia Bretschneider den Vorsitz der BSPC.



Erdöl-Förderung in M-V?

Landtagsausschüsse vor Ort

Die deutsch-kanadische Firma Central European Petroleum GmbH führt in Vorpommern Probebohrungen durch, um eine mögliche Förderung von Erdöl zu prüfen. Befürworter des Vorhabens sehen wirtschaftliche Chancen für M-V, Kritiker befürchteten Lärmbelästigung, Umweltschäden und das Ausbleiben von Touristen. Im September hatte sich der Landtag auf Antrag der SPD/CDU-Koalition mit dem Thema befasst und den Koalitionsantrag „Prozess der Onshore-Ölfeldentwicklung in M-V positiv begleiten“ zur Beratung in den Wirtschafts- und den Energieausschuss überwiesen. Beide Fachgremien machten sich am 16. Januar in Saal bei Barth ein Bild von der Situation. Ende Februar dann lud der Wirtschaftsausschuss Sachverständige zu einer Öffentlichen Anhörung in den Landtag ein.



Lage der Gemeinde Saal im Amt Barth (Landkreis Vorpommern-Rügen)
Foto: Wikimedia Commons Hagar66

Nach der Besichtigung der Bohrstelle sprachen die Abgeordneten mit dem Bürgermeister der Gemeinde Wolfgang Pierson und dem Geschäftsführer der Central European Petroleum GmbH (CEP) Dr. Thomas Schröter.

Nach Aussage Piersons stehen sowohl die Gemeinde als auch deren Einwohner dem Vorhaben sehr aufgeschlossen gegenüber. Mit der Firma CEP arbeite die Gemeinde von Anfang an sehr gut zusammen. Die Akzeptanz sei insbesondere durch die zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen und Führungen, die die Firma CEP organisiert habe, stetig gewachsen.

CEP-Geschäftsführer Dr. Thomas Schröter sieht in einer möglichen Erdölförderung und der weiteren touristischen Entwicklung der Region keinen Widerspruch. „In Vorpommern wird seit 50 Jahren ununterbrochen Erdöl gefördert, und dennoch hat sich der Tourismus in dieser Region sehr erfolgreich entwickelt“, begründete er. Da es sich bei dem Vorkommen um Erdöl von sehr guter Qualität handle, das nicht als Energieträger, sondern ausschließlich als Rohstoff genutzt würde, stehe das Vorhaben auch nicht im Widerspruch zur Energiewende im Land. Bevor es aber zur Erdölförderung komme, so Schröter, müsse zunächst geprüft werden, ob dies möglich und wirtschaftlich sinnvoll sei. Für die dazu erforderlichen Erkundungsbohrungen bei Barth habe CEP beim Bergamt Stralsund Ende 2013 die aktuelle Testförderung beantragt. Sollte diese positiv ausfallen, seien weitere Genehmigungsverfahren notwendig.

Öffentliche Anhörung im Wirtschaftsausschuss

Touristen und Spaziergänger staunten am 27. Februar nicht schlecht, dass zum Winterausklang vor dem Schweriner Schloss unzählige Mini-Strandkörbe aufgereiht waren und zudem ein Wassergefährd mit jungen Leuten nahe der Schlossbrücke kreuzte. Beim Näherkommen wurde klar – hier ging es nicht um Tourismuswerbung, sondern um eine Protestaktion gegen Ölerkundungsbohrungen in Mecklenburg-Vorpommern. Zeitgleich fand im Schloss eine Öffentliche Anhörung zu diesem Thema statt. Auf Vorschlag der Fraktionen hatte der Wirtschaftsausschuss elf Sachverständige dazu eingeladen.

Der Geschäftsführer der deutsch-kanadische Firma Central European Petroleum (CEP), Dr. Thomas Schröter, verwies darauf, dass die von seinem Unternehmen geplante Ölerkundung und -förderung vielfältige wirtschaftliche und finanzielle Chancen für die betroffenen Kommunen, die Region und das gesamte Land eröffne. Im Zuge des Planungs- und Genehmigungsverfahrens würden alle umwelttechnischen und umweltrechtlichen Belange mit den zuständigen Behörden geprüft und berücksichtigt. CEP erschließe ausschließlich konventionelles Speichergestein, dessen Geologie und Förderverhalten aus zahlreichen Lagerstätten in Vorpommern bekannt sei. Schröter betonte, dass es sich bei der geplanten Fördermethode nicht um Fracking handle. Konflikte zu umwelt-, klima-, energie- und tourismuspolitischen Zielen des Landes seien nicht erkennbar.

Dies sieht die Bürgerinitiative „Lebensraum-Vorpommern“ anders. Das von CEP angestrebte Verfahren berge unkontrollierbare und nicht abschätzbare Risiken, sagte deren Vertreterin Christa Labouvie, und die möglichen wirtschaftlichen und finanziellen Schäden stünden in keiner Relation zu den angekündigten Einnahmen. Die Auswirkungen auf Umwelt und Natur würden beträchtlich sein und den Reiz Mecklenburg-Vorpommerns insbesondere als Urlaubsland schwer beschädigen.

Greenpeace-Vertreter Christoph von Lieven betonte, dass keine neuen Quellen fossiler Energieträger benötigt würden, sondern vielmehr Alternativen für eine wirkliche Energiewende. Zudem sei die Technologie für die geplante Ölförderung mit einem hohen Wasser- und Energieverbrauch

Foto: Cornelius Kettler



Während der Anhörung im Landtag protestierten Aktivisten von Greenpeace Greifswald-Stralsund gegen die Ölförderpläne in Mecklenburg-Vorpommern.

verbunden und könne gefährlich sein.

Laut Lothar Wilken, Vereinigung der Unternehmensverbände für M-V, VUMV, sehen die Wirtschaftsverbände in der langfristigen Erdölgewinnung eine Chance für weitere Wertschöpfung, erhebliche Steuereinnahmen und einen Beitrag zur Stabilisierung des eigenen Bedarfs, der bisher zu 98 Prozent aus Importen gedeckt werde. Weiterhin könne ein Ölumschlag in Rostock die Basis für das Entstehen eines Clusters sein.

Auch der Landkreis Vorpommern-Rügen unterstütze das Vorhaben von CEP, sagte der dortige Leiter der Stabsstelle Wirtschaftsförderung Mathias Horn. CEP sei im Rahmen von Genehmigungsverfahren allen Anforderungen nachgekommen. Aus bau-, umweltschutz- und wasserrechtlicher Sicht gebe es daher keine Bedenken.

Der Vertreter des Niedersächsischen Wirtschaftsministeriums Norbert Conrad berichtete über Erfahrungen seines Landes, das auf eine 150-jährige Geschichte bei der Erdölgewinnung zurückblicken könne. Dabei betonte er, dass die Anwendung von Technologien stets mit Restrisiken verbunden sei, die sich jedoch bei Beachtung der in Deutschland für Erdölförderung geltenden Sicherheits- und Umweltstandards minimieren ließen. Die Förderabgabe stelle ein flexibles Instrument der Wirtschaftspolitik dar, mit dem das Land in angemessener Weise auf die Marktwerteentwicklungen bei den jeweiligen Bodenschätzen reagieren könne.

Auf Grund der sehr umfangreichen und kontroversen Stellungnahmen hat sich der Wirtschaftsausschuss auf einen neuen Zeitplan zur weiteren Beratung der Vorlage zur

Zur Anhörung eingeladene Sachverständige

- Bürgerinitiative „Lebensraum-Vorpommern“
- Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), Landesverband M-V
- Bürgermeister der Gemeinde Pudagla
- Bürgermeister der Gemeinde Saal
- Central European Petroleum GmbH (CEP)
- Deutsche Gesellschaft für Geowissenschaften (DGG)
- Greenpeace e.V.
- Landkreis Vorpommern-Rügen
- Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
- Tourismusverband Mecklenburg-Vorpommern
- Vereinigung der Unternehmensverbände Mecklenburg-Vorpommern

Onshore-Ölfeldentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern verständigt. Deren abschließende Beratung im Ausschuss ist nunmehr am 19. Juni vorgesehen.

Antrag SPD/CDU-Koalition Drucksache 6/2127

Änderungsantrag DIE LINKE Drucksache 6/2174

Mensch und Natur im Einklang

Anhörung im Agrarausschuss zur Flusslandschaft Elbe

Das mecklenburgische Elbetal war 1997 zusammen mit Flächen in Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein als UNESCO-Biosphärenreservat „Flusslandschaft Elbe“ anerkannt worden. Um diesen Status auch rechtlich zu sichern und nicht die Aberkennung des UNESCO-Siegels zu riskieren, hat die Landesregierung dem Landtag im November 2013 einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt. Nach Erster Lesung im Parlament war der Entwurf zur federführenden Beratung in den Agrarausschuss überwiesen worden. Dieser hat am 23. Januar Sachverständige und Betroffene öffentlich angehört.

Einig waren sich die Anzuhörenden, dass der Status UNESCO-Biosphärenreservat erhalten bleiben müsse. Dennoch gab es Kritik am Gesetzentwurf. Mit seiner ordnungsrechtlichen Prägung schieße er weit über das Ziel hinaus, findet die AG Grundbesitz. Anstelle von Verboten solle man stärker auf Stimuli für gesetzeskonformes Verhalten setzen. Der Bauernverband M-V kritisierte die zur Umsetzung des durchaus akzeptierten Ziels gewählten Mittel. Man dürfe nicht „die Demokratie vergessen“, weil man nur dann eine Akzeptanz des Biosphärenreservates erreichen könne, wenn die Bevölkerung „mitgenommen“ werde. Auch für den Bauernverband Ludwigslust ist der Einklang von Mensch und Natur der Maßstab. Eine Entwicklung der Gemeinden und der ortsansässigen Betriebe müsse möglich bleiben. Weil das nur unzureichend der Fall sei, würden die Menschen vor Ort den Gesetzentwurf mehrheitlich ablehnen.

Der Landrat des Landkreises Ludwigslust-Parchim Rolf Christiansen betonte, dass die „Flusslandschaft Elbe“ schon jetzt als Landschafts- und Naturschutzgebiet geschützt sei und dass es deshalb kaum weitere Einschränkungen geben werde. Wichtig sei, die „Marke Biosphäre“ zu erhalten, eine einheitliche Schutzgebietsverwaltung zu errichten und Vorteile für die Regionalentwicklung zu generieren.

Auch der NABU trat mit Nachdruck für den Status-Erhalt sowie für einen länderübergreifenden Schutz wertvoller Naturräume ein, der mit einer nachhaltigen Entwicklung der Region einhergehen müsse.

Der Vorsitzende des Agrarausschusses, **Prof. Dr. Fritz Tack**, sieht den Ausschuss jetzt vor der großen und schwierigen Aufgabe, die vielen, zum Teil auch gegensätzlichen Meinungen abzuwägen und zu einer tragfähigen und akzeptierten Lösung für Mensch und Natur zu kommen.

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 6/2330

Einen ausführlichen Bericht zur Anhörung können Sie auf der Internetseite des Landtages lesen (Landtag/Ausschüsse/Agrarausschuss).

Vielfalt statt Gleichwertigkeit?

Enquetekommission diskutierte über Entwicklung im Ländlichen Raum

In der Enquete-Kommission erläuterten Dr. Reiner Klingholz (Berlin-Institut) und Prof. Udo Onnen-Weber (Hochschule Wismar) ihre Analysen und Anregungen zum Ländlichen Raum. Bereits vor der Sitzung sorgten die Thesen für Widerspruch. Soll der Ländliche Raum zukünftig gleiche Infrastruktur, Standards und Chancen bieten wie die Zentren? Oder erfordert die Zukunft des Landes gerade eine Konzentration der Fördermittel auf die „Leuchttürme“, die Zentren – damit diese auch für den ländlichen Raum die Entwicklung befördern und Infrastruktur gebündelt vorhalten können?

Unter der Überschrift „Vielfalt statt Gleichwertigkeit“ mahnte Dr. Reiner Klingholz bei der Politik an, ehrlich die Illusion von gleichen Standards für Stadt und ländlichen Raum aufzugeben. Tatsächlich müsse die Infrastruktur auf dem Lande hinter dem Niveau in den Städten zurückbleiben: Natürlich seien die Wege zum Arzt, zum Supermarkt oder zu Bibliothek und Schwimmbad weiter, und der Bus fahre im Dorf seltener als in der Stadt. Und dennoch habe die Politik über Jahrzehnte den grundgesetzlichen Kompetenztitel in Artikel 72 „zur Herstellung gleicher Lebensverhältnisse“ als Auftrag verstanden, für alle gleiche Rahmenbedingungen und Chancen schaffen. Jetzt, wo nicht mehr über die Verteilung der Mehreinnahmen gestritten wird, sondern um die Zuordnung der nächsten Kürzungen, mahnt Dr. Klingholz an: „Sagt den Menschen, dass auf dem Land andere Standards gelten müssen. Gebt diesen Gebieten aber auch mehr Freiheit, ihre Finanzen autonom zu verwalten und selbst über Standards zu entscheiden.“ Ohnehin sei Gleichwertigkeit nicht mit Gleichheit gleichzusetzen. Auch Prof. Udo Onnen-Weber hob deutlich die Freiheit zur Vielfalt hervor, die statt der Herstellung einer Gleichwertigkeit zukünftig im Vordergrund stehen solle. Gerade im Ländlichen Raum gehe es um die Stärkung lokaler Initiativen. Die wirtschaftliche Entwicklung und der Bevölkerungszuwachs würden in den Zentren stattfinden. Doch daneben bleibe Platz für einzelne Orte wie Bollewick, die sich durch

geschickte Kommunalpolitik oder attraktive kulturelle Angebote im Wettbewerb behaupten könnten.

Besonderen Anlass zur Diskussion bot die Idee einer Umzugshilfe für Senioren, die vom Dorf in die Stadt ziehen wollen, um kürzere Wege zu Ärzten und Einkaufsgelegenheiten zu haben. Solche Maßnahmen werden teilweise als Bedrohung für den Ländlichen Raum empfunden, ebenso wie die Konzentration von Fördermitteln auf Zentren. Der gezielten Entwicklung eines Strukturnetzes wollten diese Diskussionsteilnehmer eine Entscheidung der Landbevölkerung selbst entgegenstellen.

Der Ländliche Raum

„Ländlicher Raum“ bezeichnet die Landesteile, die nicht den Städten bzw. Zentren zuzurechnen sind. Dabei geht Dr. Reiner Klingholz von einer selbständigen Entwicklungskraft erst ab einer Einwohnerstärke von 500.000 aus. Diese Schwelle erreicht keine Stadt im Land. Als „Großstadt“ gilt hingegen gemeinhin jede Stadt mit mindestens 100.000 Einwohnern. In Mecklenburg-Vorpommern liegt die Grenze für eine Förderung aus dem „Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums“ (ELER) bei 30.000 Einwohnern.

M-V und Europa

Vertreter des Landes im Ausschuss der Regionen für Abschaffung der Roaming-Gebühren

Internet und elektronische Kommunikation, eine neue europäische Forststrategie, Klima-, Energie- und Abfallpolitik sowie die Einrichtung einer Europäischen Staatsanwaltschaft standen Ende Januar bei der Plenartagung des EU-Ausschusses der Regionen (AdR) auf der Agenda.

Detlef Müller, Vorsitzender des Europa- und Rechtsausschusses des Landtages, vertritt Mecklenburg-Vorpommern in diesem Gremium und hat sich insbesondere für die Abschaffung der so genannten Roaming-Gebühren beim mobilen Telefonieren im Ausland stark gemacht.

„Unsere Kommunikationsnetze kennen keine Grenzen“, begründet er diese Forderung. „Daher ist unverständlich, warum wir nicht überall in Europa nur das zahlen müssen, was wir zu Hause für den mobilen Internetzugang und die Telefonie zahlen.“ Kritisch sieht Müller die Bestrebungen der EU, bei der elektronischen Kommunikation generell Kompetenzen von der nationalen auf die EU-Ebene zu verlagern: „Es kann nicht sein, dass der hohe Schutz für die Verbraucher in Deutschland durch die EU verringert wird.“

Die Pläne für eine neue EU-Forststrategie können laut Müller für M-V von erheblicher Bedeutung sein. Allerdings dürfe die EU auch dabei nicht die regionalen Besonderheiten ignorieren. „Auch hier gilt das Subsidiaritätsprinzip – wo wir vor Ort die Fragen besser lösen können, sollten wir das auch tun dürfen.“

Von Frühstück bis Candlelight-Dinner

Neue Gastronomie-Betreiber im Schloss begehen einjähriges Jubiläum

Italienisch? Vegetarisch? Oder doch lieber deftig? Wer zum Mittagessen in das Kellergewölbe des Schlosses hinabsteigt, hat die Qual der Wahl. „Es soll für jeden Geschmack etwas dabei sein“, sagt Daniel Kruschynski. „Ausgewogen, preisgünstig und lecker“, bringt er den Anspruch des 15-köpfigen Gastronomie-Teams für die Verpflegung von Abgeordneten, Parlamentsmitarbeitern und Gästen auf den Punkt. Der 37-Jährige ist Betriebsleiter in der Mannschaft um Chefin Jacqueline Lindemann-Retzlaff, die im März vor einem Jahr die Schloss-Gastronomie übernahm. Bei der öffentlichen Ausschreibung hatte das Konzept der Schweriner Unternehmerin sowohl Landtagsverwaltung als auch Ältestenrat überzeugt. Seit einem Jahr weht nun ein neuer Duft aus der Schlossküche.

Die Kantine heißt jetzt „Bistro“. Mehr als eine bloße Namensänderung, wie Daniel Kruschynski betont und wie es die abwechslungsreiche Speisekarte zeigt. Auf der Tafel findet man klassische Königsberger Klopse genauso wie kräftige Steaks, vegetarische Pasta Primavera oder Sellerie-schnitzel. Das preiswerteste Gericht bekommen die Gäste generell für 2,90 Euro. Aber „Bistro“ soll auch ein bisschen an den Charme französischer Lokale erinnern. Obwohl vermutlich vom russischen Wort für „schnell“ abgeleitet, was auch wieder passt: Viel Zeit hat niemand, der hierher zum Essen kommt. Weder die Bauarbeiter, die sich ab acht Uhr zum Frühstück stärken, noch die Mitarbeiter des Landtags, umliegender Ministerien oder all die anderen Besucher. „Um lange Wartezeiten möglichst zu verhindern, haben wir jetzt die Mittagszeit auf elf Uhr vorverlegt und damit um eine halbe Stunde verlängert. Mal sehen, wie das angenommen wird“, sagt Daniel Kruschynski.

Um diese Uhrzeit sitzen dann vielleicht auch schon die ersten Gäste im Schlosscafé in der Beletage des altherwürdigen Gemäuers. Die Karte dort verzeichnet wenige, aber dafür erlesene Gerichte, wie der Gastronomie-Manager erklärt. Zubereitet würden die Speisen hier – genau wie im Bistro – mit frischen Zutaten, darunter auch Produkte mit Bio-Zertifikat. Obst und Gemüse stammen meist aus der Region. Bis 17 Uhr sind im Schlosscafé die Türen geöffnet. Gern auch später, wenn Gäste zum Beispiel ein romantisches Candlelight-Dinner bestellen. Aber auch Empfänge und Veranstaltungen des Landtages finden hier statt, genauso wie der allwöchentliche Sonntags-Brunch, der sich großer Beliebtheit erfreue.



Ab 1. April wieder geöffnet - das Orangerie-Café im Schweriner Burggarten.

Wer im Schloss heiraten will, bekomme auf Wunsch auch gleich seine komplette Feier organisiert. Ganz nach persönlichem Geschmack. „Wir hatten im vorigen Jahr eine Hochzeit, für die das Paar zwei außergewöhnliche Bedingungen stellte“, erinnert sich der Betriebschef: „Kein Alkohol und kein Koffein.“ Die Gäste hätten sich dennoch prächtig amüsiert. Das Schlosscafé mit hochherrschaftlicher Atmosphäre auf der einen Seite, das Bistro mit einem möglichst preisgünstigen Angebot auf der anderen. Ein Spagat, den das Team um Jacqueline Lindemann-Retzlaff täglich hinbekommen muss. Mit der Frühlingssonne, voraussichtlich Anfang April, kommt dann noch das Café in der sommerlich-lichten Orangerie dazu. Ein Dreiklang, der sich im Namen widerspiegelt: Schweriner Schloss Localitäten. „Das L steht für das Landtagsbistro, das O für Orangerie und das C für das Café“, sagt Daniel Kruschynski. Er hat sein Handwerk einst im damaligen Ferienkomplex „Fritz Reuter“ am Zippendorfer Strand gelernt, bevor er deutschlandweit in Hotels Erfahrungen sammelte, um für die Schloss-Gastronomie wieder in seine alte Heimatstadt zurückzukehren. Seine Chefin war vor ihrem Einzug ins Märchenschloss Mitinhaberin des Restaurants „Alter Schlachthof“ in der Schweriner Feldstadt. Und Chefkoch Peter Klähn stand zuletzt am Herd im Café Honig des Schweriner Traditionskaufhauses Kressmann. Weitere Köche, Mitarbeiter im Service und eine Dekorateurin ergänzen das Team. Wenn die Orangerie öffnet, kommen noch Saisonkräfte hinzu. Mit weniger als 8,50 Euro pro Stunde gehe niemand nach Hause. Mindestlohn – auch das war eine Bedingung des Landtags. Bistro, Schlosscafé und Orangerie – drei Bereiche mit ganz unterschiedlichem Flair. Das unter einen Hut zu bringen, sei eine Herausforderung. „Im ersten Jahr ist uns das ganz gut gelungen“, blickt der Hotelfachmann auf die zurückliegenden zwölf Monate zurück – mit vorsichtigem Optimismus und Verweis auf stetig steigende Gästezahlen.

www.schweriner-schloss-localitaeten.de

Telefon: 0385 / 525 29 15

Landtagsbistro: Mo – Fr 8 bis 14 Uhr

Orangerie: Mo – So 10 bis 18 Uhr
(Anfang April bis Ende Oktober)

Schlosscafé: Di – So 10 bis 17 Uhr

Sonntags-Brunch 11 bis 14 Uhr

Foto: Landtag M-V



Foto: Angelika Lindenbeck



Foto: Landtag M-V



Foto: Landtag M-V



▶ Vizepräsidentin Regine Lück begrüßte am 20. Februar rund 80 Teilnehmende einer zweitägigen Fachkonferenz für sozialverträgliche Beschaffung von IT-Hardware im Plenarsaal des Landtages. Ziel der Konferenz war der aktive Austausch zwischen Beschaffungswesen, Landespolitik, Nichtregierungsorganisationen und IT-Industrie über die Möglichkeiten der öffentlichen Hand, zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der globalen IT-Industrie beizutragen. Mit jährlich etwa 300 Milliarden Euro Beschaffungsvolumen habe die öffentliche Hand eine gewaltige Marktmacht, betonte Regine Lück in ihrem Grußwort. Diese gelte es verantwortungsvoll zu nutzen. Gleichzeitig müsse aber auch das Bewusstsein der Menschen für Nachhaltigkeitsaspekte gestärkt werden.

▶ Ehrgast der Gedenkveranstaltung des Landtages anlässlich des Holocaust-Gedenktages am 27. Januar war neben dem Zeitzeugen Jack Courant die Botschafterin des Königreichs der Niederlande, S. E. Monique T.G. van Daalen, die sich in das Gästebuch des Landtages eintrug. Die Diplomatin zeigte sich beeindruckt, wie loyal, offen und ehrlich Deutschland mit seiner Vergangenheit umgehe. „Davon können wir noch etwas lernen“, sagte sie. Van Daalen ist seit August 2013 Botschafterin in Deutschland. Sie hat Moderne Asiatische Geschichte sowie Internationales Recht, Kunstgeschichte und Archäologie studiert. Während ihrer diplomatischen Karriere war sie in Südkorea, bei den Vereinten Nationen in New York sowie als Generalkonsulin in Miami stationiert.

▶ Bei einem Parlamentsspiel im Landtag haben Neuntklässler des Schweriner Gymnasiums Fridericianum im Januar über eine Abschaffung der Noten in den Fächern Kunst, Musik und Sport debattiert. Das I-Tüpfelchen: Sie durften wie die richtigen Abgeordneten die Konferenzräume und den Plenarsaal nutzen – samt Sitzungsgong, Wahlkabine und Mikrofonen. Auch die Glocke für zu eifrige Zwischenrufer fehlte nicht. Nach einer äußerst lebendigen Debatte hatten die Befürworter bei der Abstimmung knapp die Nase vorn. Dass alles nur ein Spiel war und es auch künftig Zensuren in diesen Fächern geben wird, hat dem Spaß am Projekt keinen Abbruch getan.

Im Rahmen einer mehrtägigen Studienreise durch Norddeutschland besuchte eine Delegation aus der südschwedischen Region Schonen am 15. Januar den Landtag. Die Gäste wurden durch Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider und den Landtagsabgeordneten Jochen Schulte begrüßt. Mit Schonen arbeitet der Landtag seit vielen Jahren in der Ostseeparlamentarierkonferenz und im Parlamentsforum Südliche Ostsee zusammen. (v.l. Jochen Schulte, Sylvia Bretschneider und Pontus Lindberg, Landesminister der Region Schonen)